Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 35. Dienstag, den 11. Februar 1919. 26. Jahrg.

Der Sieg des Neuen.

st. Weimar, 7. Februar 1919.

Der historische Tag, die Eröffnung der Nationalversammlung, ist vorüber. Mit Spannung und regstem Interesse verfolgte nicht nur das deutsche Volk, sondern alle Nationen der Kulturwelt den Verlauf dieses Tages. Kulturwelt? Kann man diesen Ausdruck heute noch mit Recht gebrauchen angesichts der ungeheuren Vernichtung aller Kulturwerte, die der entsetzliche Krieg mit sich gebracht hat, angesichts so mancher Vorkommnisse der letzten Zeit? Fast möchte man die Frage verneinen! Und dennoch muß sie bejaht werden. In starre Banden war während der letzten vier Jahre alles das geschlagen, was Anspruch auf das kleine und doch so bedeutungsvolle Wörtchen Kultur erhob. Die Fesseln aber sind nun gesprengt. Langsam zwar, aber sicher erhebt sich jetzt wieder die Kultur, ihr Recht heischend von denen, die es ihr lange Jahre hindurch streitig gemacht haben. Sie lebt und schreitet stolz erhobenen Hauptes durch die zerstörten und verwüsteten Lande. In Weimar, dieser alten Stätte der Kultur, und in Bern, der Tagung der Internationale, hat sie jetzt wieder ihre Auferstehung gefeiert. Und es erfüllt uns Sozialdemokraten mit freudigem Stolze, daß es uns vergönnt ist, ihr aus dem Chaos, aus Nacht und Eis, den Weg weisen zu können zur lichten, sonnigen Höhe.

Der Sieg des Sozialismus ist der Sieg der Kultur! In Deutschland hat der Sozialismus sich die Bahn frei gemacht durch die Novemberstürme des Vorjahres, hat hinweggefegt alles das, was ihm hindernd und hemmend in den Weg trat. Nicht lange mehr und auch in den anderen, heute noch vom Siegestaumel erfüllten Ländern wird er seinen Siegeszug antreten und dem Menschheitsgedanken, dem Gedanken der Kultur zum vollen, zum entscheidenden Siege verhelfen.

Es war eine erhebende, allen Teilnehmern unvergeßliche Stunde, als in dem wundervollen hiesigen Nationaltheater ein früherer Sattlergeselle, der monatelang in den schwersten Tagen, die jemals das Deutsche Reich erlebt hat, das schwere Amt des Reichskanzlers an Stelle des geflohenen Gottesgnaden-Wilhelm ausübte, unser Genosse Fritz Ebert, die Nationalversammlung eröffnete. Und als er in kurzen, markanten Sätzen erklärte, daß es mit der Zeit des Gottesgnadentums für immer in Deutschland vorbei sei, als er die Souveränität des Volkes und damit die neue Zeit feierte, da empfand jeder Teilnehmer der Nationalversammlung die Größe der Stunde, die er durchlebte. Es war der definitive Sieg des Neuen über das Alte, Ueberlebte. Jene konservativen Junker und Junkergötzen, die diese Worte mit Zischen und Murren begleiteten, mußten selbst empfinden, daß sie auf einem verlorenen Posten kämpfen. Der Kaiserismus ist — um mit Ebert zu reden — für immer erledigt und mit ihm der alte feudale Junkerstaat. Nur Narren und Toren können glauben, daß er noch einmal wieder erstehen könnte. Die neue Zeit brach für Deutschland herein mit der Revolution. Was durch sie errungen worden ist, das ist in Weimar gestern sichtbar fest verankert worden und wird hier weiter verankert werden. Das deutsche Volk nimmt selbst die Leitung seiner Geschicke in die Hand!

Als sichtbares Zeichen der neuen Zeit ist auch die Tatsache zu registrieren, daß zum ersten Male in einer deutschen Volksvertretung das weibliche Geschlecht vertreten ist. Jahrhundertelang hat man es gleich dem männlichen Proletariat entrechtet, hat es zu Objekten der Gesetzgebung gestempelt. Nun hat diese Knechtschaft ein Ende gefunden. 32 Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts gehören der Nationalversammlung an. Unter ihnen befindet sich so manche wackere, tapfere Mitstreiterin für die Sache des Proletariats, wie auch bezeichnenderweise die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion prozentual die höchste Ziffer der weiblichen Abgeordneten stellt.

In ernster, schwerer Zeit sehen wir nun den kommenden Ereignissen entgegen. Aber wir tun es mit dem stolzen, freudigen Bewußtsein, daß die kommende Zukunft stehen wird unter dem Zeichen des demokratischen Sozialismus. Wenn auch die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion nicht die Mehrheit in der Nationalversammlung hat — die Unabhängigen haben ein ihnen von uns gemachtes Angebot zum gemeinsamen Wirken in der Nationalversammlung schroff abgewiesen — so werden doch die Beschlüsse dieser Versammlung diktiert sein von dem Geist des Sozialismus. Das wird in die Erscheinung treten bei den Wahlen des Reichspräsidenten, des Ministerpräsidenten und des Präsidiums der Nationalversammlung. Ein Sozialdemokrat wird in nächster Zeit Präsident des Deutschen Reiches sein. Auf wen die Wahl fallen wird, dürfte nicht schwer zu erraten sein. Das ist nach außen hin das sichtbarste Zeichen der neuen Zeit!

Nun gilt es für unsere Genossinnen und Genossen, unermüdlich im Geiste der neuen Zeit weiter zu arbeiten für die Ausbreitung unserer hehren Menschheitsideale, restlos tätig zu sein, um die breiten Massen des Volkes zu festigen im Gedanken, daß nur in der Herrschaft des demokratischen Sozialismus — und nicht in einer Diktatur der einen oder anderen Klasse — das Heil Deutschlands und der übergroßen Masse der Bevölkerung liegt. In wenigen Monaten finden die Wahlen zur neuen deutschen Volksvertretung statt. Mögen sie stattfinden in einer Zeit, wo wir das schwerste überwunden haben, in einer Zeit, wo die Vernunft gesiegt hat über die Verblendung und den Wahnwitz. Möchten sie auch vorfinden eine einige, geschlossene Arbeiterklasse, in deren Händen das Los Deutschlands und seine Kultur sich gestalten kann zu einem zukunftsfrohen, und alles befriedigenden. In diesem Sinne laßt uns die neue Zeit nützen!

Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung ist gleich in der ersten Beratung ihrer Hauptaufgaben: Beschließung der provisorischen Verfassung, auf starke Schwierigkeiten gestoßen. Der alte Partikularismus ist von der Revolution nicht mit hinweggefegt worden, und er macht sich jetzt sehr störend bemerkbar. Ganz besonders Bayern, das radikale Bayern Kurt Eisners, besteht partout auf seinem Schein, auf seinen Reservatrechten. Für die zweite Lesung soll Bayern eine Erklärung vorbereiten, nach welcher ein Kompromiß mit den Wortführern des reinen Großdeutschgedankens erleichtert werden soll. Jedenfalls zwingt die außerordentliche Not der Stunde die Nationalversammlung dazu, das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt so rasch wie möglich unter Dach und Fach zu bringen. Deutschland braucht eine durch den demokratischen Volkswillen geschaffene Regierungsgewalt, um Frieden zu schließen und im Innern die Anarchie, den völligen Zusammenbruch aufzuhalten. Das ist für den Augenblick wichtiger als alle spitzfindigen Debatten über Grenzen und Möglichkeiten unseres Föderativsystems. Und aus diesem Grunde wird auf eine lange grundsätzliche Debatte für jetzt verzichtet werden. Der ersten Lesung wird die zweite und die dritte auf dem Fuße folgen, und das Notgesetz wird mit geringen Aenderungen in der vorliegenden Form verabschiedet werden. Dahin gingen die Erklärungen der ausschlaggebenden Parteien und der Regierung. Nach dem Friedensschluß aber und der Sicherung nach außen wird das vertagte Problem des inneren Ausbaus von selbst zur Debatte stehen.

Montag, 10. Februar 1919.
4. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr

An den Tischen für die Reichsregierung sind die Vertreter der Einzelregierungen, Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske, Dr. Krause, Schiffer, Dr. Preuß, Dr. Südekum, Hirsch u. a.

Eine Erklärung der Leipziger Abgeordneten.

Präsident Dr. David eröffnet die Sitzung um 3.25 Uhr mit folgender Mitteilung: Einige Mitglieder des Hauses haben mich gebeten, um den wilden Gerüchten über Ereignisse, die angeblich in Leipzig stattgefunden haben, entgegenzutreten und Beruhigung zu schaffen, eine Mitteilung verlesen zu lassen. Die Mitteilung lautet:

Die unterzeichneten Abgeordneten aus Leipzig erfahren soeben, daß in Weimar und auch in dem Kreise der Abgeordneten der Nationalversammlung Gerüchte über einen Aufruhr in Leipzig verbreitet sind. Diese Gerüchte behaupten, daß in Leipzig Aufruhr herrsche und dort mit Maschinengewehren geschossen werde, und daß der Oberbürgermeister verhaftet sei. Die Unterzeichneten, die erst heute um 11 Uhr vormittags Leipzig verlassen haben, teilen mit, daß davon kein Wort wahr ist, daß weder Aufruhr herrscht, noch geschossen wird, noch der Oberbürgermeister verhaftet ist. Tatsache ist, daß die Leipziger Schutzleute und Feuerwehrleute streiken, weil der Stadtrat eine Aufbesserung ihrer Löhne, die für einzelne Kategorien noch monatlich 160 Mk. betragen, ablehnt. Aus diesem Grunde ruht der Betrieb im Leipziger Rathause.

Geyer, Dr. Geyer und Genossen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite und eventuelle dritte Beratung des Entwurfs eines

Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Durch zwei Lesungen ist eine Reihe von Anträgen eingegangen, deren Drucklegung noch nicht erfolgte und die der Präsident deshalb zur Verlesung bringen läßt. Es handelt sich um eine Reihe von Anträgen der Deutschnationalen Volkspartei (Arnstadt u. Genossen) und der Unabhängigen Sozialisten (Frau Agnes und Genossen).

Bayerischer Gesandter Dr. v. Präger: Im Auftrage der Regierung von Bayern und gleichzeitig von Württemberg und Baden habe ich zu erklären: Die gesamten Regierungen gehen von der Voraussetzung aus, daß durch Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfs Entscheidungen über die Sonderrechte der einzelnen Freistaaten nicht vorgenommen werden.

Volksbeauftragter Ebert: Anknüpfend an diese Erklärung möchte ich mitteilen, daß die Reichsregierung dieser Auffassung zustimmt. Das Gesetz hat in allen seinen Teilen nur provisorischen Charakter und greift der endgültigen Regelung der Dinge nicht vor. (Bravo!)

Löbe (SD.): Namens meiner Partei habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die sozialdemokratische Fraktion ist von der Notwendigkeit einer raschen Verabschiedung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt durchdrungen. Diese Notwendigkeit ist begründet durch die äußere und innere Politik. Es bedarf der Schaffung einer vom ganzen Volke gutgeheißenen vorläufigen Reichsordnung, einmal im Hinblick darauf, daß der Waffenstillstand mit der Entente, der am 16. ds. Mts. abläuft, verlängert werden muß, sowie daß in kurzer Zeit die Friedensverhandlungen beginnen werden müssen, ferner weil es gilt, den Grund zum demokratischen Aufbau unseres Landes unverzüglich zu legen. Der vorliegende Gesetzentwurf ist vom Geiste der Demokratie getragen, indes enthält er in den §§ 2 und 4 Abs. 8 Bestimmungen, gegen die wir erhebliche Bedenken haben. Lediglich die Notwendigkeit, den Gesetzentwurf so schnell wie möglich zu verabschieden, zwingt uns, diese Bedenken zurückzustellen, nachdem wir uns haben überzeugen müssen, daß wir unseren Ansichten wenn überhaupt, nur nach hartem Kampfe und unter Anwendung heftigen Widerstandes zum Siege verhelfen könnten. Nach unserer Auffassung ist die verfassunggebende Nationalversammlung allein souverän. (Beifall.) Nur unter dem Zwange der Verhältnisse und um den Wiederaufbau des Reiches nicht schwer zu gefährden, haben wir uns dazu verstanden, in eine Einschränkung dieses Grundsatzes zu willigen. Wir stimmen dem Entwurf zu, verwahren uns aber dagegen, daß aus unserer Haltung Schlüsse auf unsere Stellung in der Zukunft gezogen werden und behalten uns für die Verhandlungen über den Entwurf der endgültigen Verfassung volle Freiheit der Entschließung vor. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Zuruf der Unabhängigen: Volle Freiheit des Rückzuges.)

v. Payer (DDP.): Namens der Fraktion der deutsch-demokratischen Partei habe ich folgende Erklärung abzugeben: Das deutsche Volk hat die ihm zustehende Souveränität ausgeübt durch die Wahl der Nationalversammlung und diese mit der weiteren Ausübung der Souveränität beauftragt; sie indessen hat diesem Auftrage sofort nachzukommen. Sie hat ein Vorbild an Arbeitswillen zu geben. Darum sollen die Reden zum Handeln werden. Sie muß eine verfassungsmäßige Regierung bilden, der es bei aller Rücksicht nicht an der gesetzlichen Macht fehlt, stark zu sein. Die Voraussetzung und Grundlage der Regierungsgewalt muß also zumal in der Demokratie und Republik die Verfassung sein. Da aber für dieses große Hauptwerk die Herstellung gesetzlicher Regierungen im Reiche, wie in den Einzelstaaten unentbehrlich ist, müssen wir vorweg eine Vorverfassung schaffen. Meine Freunde erkennen diese Notwendigkeit an, ebenso, daß diese Februarverfassung sofort in Wirksamkeit treten und darum nur das notwendigste enthalten soll. Wir behalten uns vor, eine die großen Gesichtspunkte und Bedenken, die ein Verfassungswerk von diesem Umfang und von dieser Bedeutung in einem so außerordentlichen Zeitabschnitt aufrollt, die aber bei dem Provisorium aus gewichtigen politischen Erwägungen heraus zurückgestellt werden können und müssen, bei der in kurzer Frist beginnenden Beratung der Verfassung selbst ohne Rücksicht auf unsere heutige Abstimmung geltend zu machen. Wir erkennen den anderen Parteien dasselbe Recht zu. Dann erst und nicht heute wird auch der Tag gekommen sein, an dem wir ehrlich und in aller Ruhe an die Beratung der Frage, über die die Meinungen heute noch weit auseinandergehen und gehen müssen, herantreten können, nämlich die zum Heile des ganzen die überragenden Forderungen der Reichseinheit mit Rücksicht auf das historisch Gewordene, auch auf die Eigenart der deutschen Stämme und die verschiedenen Anschauungen über straffere und losere Zusammenfassung der einzelnen Kräfte unseres Volkslebens am besten vereinigt werden können. Unsere feste Zuversicht ist, daß der Versuch gerechter und vernünftiger Ausgleichung über die Schwierigkeiten staatrechtlicher Formen und staatsmännischer Erwägungen Herr werden wird, Verständigung und gegenseitiges Nachgeben uns zu dem heute vorliegenden Entwurf, der nicht gleich zustande gekommen ist, verhelfen. Verständigung und ehrlicher Wille, dem Vaterlande zu dienen, werden uns auch eine endgültige Verfassung schaffen, die uns zusammenhalten, die Bewegungsfreiheit im Innern geben und gegen außen uns die Stellung in der Welt verbürgen soll, die uns gebührt und uns endgültig niemand vorenthalten kann. Heute aber wollen wir uns die Grundlage bereiten, um morgen Arbeiten und Politik machen zu können. (Beifall.) Unser Volk, das sich aus der Gegenwart durch die Verwirklichung von Zukunftshoffnungen erlösen will, unsere Feinde, die uns den Frieden grundlos und grausam vorenthalten, die sollen uns trotz der gewaltigen Parteigegensätze der letzten Wochen und Monate bei diesem ernsten Schritt geeint und entschlossen finden. (Lebh. Beifall.) Die heutige Verabschiedung des ersten grundlegenden Gesetzes durch eine außerordentlich große Mehrheit der Nationalversammlung soll uns von guter Vorbedeutung sein und von politischer Einheit und Selbstbeschränkung den Arbeitsmut ergeben, den wir Deutschen noch nie so notwendig gehabt haben, wie jetzt. (Bravo!) Wenn sich die Nationalversammlung, was sie werden will, zu einer ernsten und zielbewußten Arbeitsgemeinschaft erhebt, so wäre das ein erster und fruchtbarer Erfolg der demokratischen Idee und der sozialistischen Bewegung, die dieser Entwicklung im Staatsinteresse rückhaltlos dienen wolle und kraft der Stellung in diesem Hause dienen können. Wir werden für die Vorlage und für ihre sofortige Durchberatung in zweiter und in dritter Lesung stimmen. (Beifall bei den Demokraten.)

Dr. Heim (Bayer. Vp.): Im Auftrage meiner Freunde von der bayerischen Volkspartei habe ich folgende Erklärung abzugeben: Nach den §§ 1 und 4 des gegenwärtigen Gesetzentwurfs soll die deutsche Nationalversammlung eine Blankovollmacht zur Beschließung der künftigen Reichsverfassung erhalten. Sie soll bei der Verabschiedung der endgültigen Reichsverfassung weder an die Zustimmung der Einzelstaaten noch des Staatenausschusses gebunden sein. Nicht einmal hinsichtlich der in der bisherigen Reichsverfassung festgesetzten Sonderrechte der Einzelstaaten. Die in dem Entwurf vorgesehene Ermächtigung geht sogar soweit, daß der Nationalversammlung die Beseitigung einzelner oder aller Bundesstaaten und die Schaffung der deutschen Einheitsrepublik durch die deutsche Nationalversammlung möglich gemacht wird. (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialisten.) Wozu haben wir sonst die Revolution gehabt? Diesen Weg können die Mitglieder der bayerischen Volkspartei in der Nationalversammlung

nicht mitmachen. Wir hätten gewünscht, daß das Gesetz sich an die durch die Revolution nicht beseitigten Bestimmungen der bisherigen Reichsverfassung anlehnt und alle Streitpunkte vermieden hätte. Wir hegen noch wie vor die Hoffnung, daß es bei Schaffung der endgültigen Verfassung gelingt, durch unsere Mitarbeit den berechtigten Wünschen unseres engen Heimatlandes Geltung zu verschaffen.

Dr. Delbrück (DNVp.): Gegen den vorliegenden Gesetzentwurf bestehen bei meinen politischen Freunden die schwersten grundsätzlichen Bedenken. Auch seine gesetztechnische Gestaltung ist so wenig einwandfrei, daß unter normalen Verhältnissen seine Verabschiedung ohne Kommissionsberatung ausgeschlossen sein würde. (Sehr richtig! rechts.) Wir verkennen nicht, daß wir uns in einem Notstand befinden und daß nicht nur die innere Lage, sondern ganz besonders der Ablauf des Waffenstillstandes und das Bevorstehen der Friedensverhandlungen eine schleunige Verabschiedung des Entwurfs gebieterisch erfordern. (Zustimmung.) Wir verkennen auch nicht, daß die Vorlage nur eine vorübergehende und nicht eine endgültige Regelung unserer Verfassungsverhältnisse bezweckt. Unter diesen Umständen sind wir bereit, auf eine Ausschußberatung zu verzichten und die Verabschiedung möglichst zu beschleunigen. Wir glauben auch, daß das Ansehen der neu zu bildenden Regierung dem feindlichen Ausland gegenüber eine besondere Stärkung erfahren würde, wenn es gelingt, diese Vorlage nicht nur schnell, sondern auch möglichst einstimmig zu verabschieden. (Allseitige Zustimmung.) Wir werden daher unter Zurückstellung unserer grundsätzlichen, schweren Bedenken auch für die Vorlage stimmen, wenn ihr vorläufiger Charakter in allen ihren Teilen zweifelsfrei festgestellt werden würde, so daß ihre Annahme mit unseren Stimmen unsere Stellungnahme bei der Beratung der endgültigen Verfassung in keiner Weise vorgreift. Wir hatten zu diesem Zweck eine Reihe von Anträgen gestellt, deren Annahme uns die Möglichkeit geben sollte, für die Vorlage zu stimmen. Am wichtigsten ist für uns der Antrag, der den Zweck hatte, die Auffassung auszuschließen, als ob schon jetzt für die zukünftige staatsrechtliche Stellung des Oberhauptes des Deutschen Reiches eine endgültige Regelung getroffen würde. (Zuruf: Hört, hört! links.) Nachdem aber durch die Verwahrung des Vertreters der süddeutschen Regierungen und durch die darauf ergangene unzweideutige Erklärung der Reichsregierung der vorläufige Charakter der Vorlage in allen ihren einzelnen Punkten ausdrücklich feierlichst anerkannt wurde, ziehen wir hiermit unsere Anträge zurück und sind bereit, für die Vorlage zu stimmen. (Beifall.) Die Zustimmung zu diesem Entwurf bedeutet für meine politischen Freunde ein großes Opfer, das sie nicht ohne Gewissensbedenken ringen. Trotzdem sind wir dazu bereit. (Beifall.) Wir sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß in der ungeheuren Not dieser Zeit mehr als je der Grundsatz gelten muß: Das Vaterland steht über der Partei. (Lebhafter Beifall rechts.)

Dr. Heinze (DV.): Wir hegen technisch und juristisch erhebliche Bedenken gegen den vorliegenden Gesetzentwurf, lassen diese Bedenken aber aus politischen Gesichtspunkten zurücktreten. Wir wünschen, daß alsbald eine gesetzliche Gewalt in Deutschland zustande kommt und sehen mit Rücksicht auf die äußere und die innere Lage von allen Anträgen ab. Die jetzigen gesetzlosen Zustände müssen so bald wie möglich verschwinden. Wir hoffen, daß nach der Verabschiedung dieses Gesetzes Ordnung und Sicherheit im Lande gefördert werden, und daß jedermann in Deutschland die vorläufige Verfassung achtet. Für die endgültige Verfassung behalten wir uns unsere Stellungnahme nach allen Richtungen vor. Für den vorliegenden Entwurf werden wir stimmen. (Beifall.)

Dr. Cohn-Nordhausen (USP.): In der jetzigen Phase der revolutionären Entwicklung muß Rückschau und Umschau gehalten werden. Nur um eine Atempause kann es sich handeln, denn wir stehen noch lange nicht am Ende der Revolution. Niemand von uns weiß, ob und wann dieser provisorischen Verfassung eine definitive folgen wird. Auch der Volksbeauftragte Ebert sprach davon, daß das deutsche Volk, so bald sein Selbstbestimmungsrecht gesichert ist, auf den Weg der Gesetzmäßigkeit zurückkehrt. Dieses ist im Sinne dieser meiner Ausführungen eben sehr verdächtig. Auch Herr Ebert scheint zu fühlen, daß dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen ist. Herr Staatssekretär Dr. Preuß hat seinerseits den Entwurf als nicht vollständig bezeichnet. Bei allem Verständnis und aller Nachsicht für die Gründe dieser Unfertigkeit kann man doch auch vom Standpunkt der Demokraten verlangen, daß der Entwurf wenigstens die Entwicklung der deutschen Revolution stärken und klarer betonen werde. (Sehr richtig! bei den Unabh. Sozialdem.) In dieser Beziehung bereitet der Entwurf eine starke Enttäuschung. Herr Ebert meinte, wir haben die freie Volksrepublik und diese Versammlung hat eine große republikanische Mehrheit. Dr. Preuß hat ähnliche Ausdrücke gebraucht. Vergebens aber sieht man sich in diesem Entwurf nach dem Worte „Republik" um. Liegt etwa auch hier ein Kompromiß vor? (Rufe: Freistaat!) Jedenfalls tritt auch hier ein Zeichen der Haltlosigkeit der Politik der gegenwärtigen Reichsregierung zutage. Man scheint sich zu der deutschen sozialistischen Republik nicht mehr bekennen zu wollen. Die Geschichte wird über die deutsche Revolution nicht nach Worten, sondern danach urteilen, ob sich das deutsche Volk seiner Souveränität würdig gezeigt hat. Das Gesetz muß darum im Aufbau, Inhalt und Ausdruck unwiderleglich die Tatsache feststellen, daß wir mit der alten Staatsform des deutschen Reiches nichts mehr zu tun haben. Diesen Zweck verfolgen unsere Anträge. Den Staatenausschuß sehen wir nicht als einen Fortschritt des Verfassungswerkes, sondern als ein Hindernis der Entwicklung der deutschen Einheitsrepublik an, und wir wollen deshalb den § 2 beseitigen. Es kann sich jetzt nur um die Fassung der einheitlichen Republik Deutschland handeln. Der freien selbständigen Entwicklung der Kulturfragen wird damit kein Hindernis bereitet. Jeder deutsche Freistaat soll eine Stimme haben. Wer gibt diese Stimme ab, wer instruiert sie? Mindestens ebenso schwere, wenn nicht noch schwerere Bedenken bestehen für uns bei den Bestimmungen über den Reichspräsidenten. Auch hier ist der Hauptvorwurf, der zu erheben ist, das Kleben am Alten und Verfolgten. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialisten.) Das krankhafte Bemühen der Tradition, die bis zum 9. November sich ausprägte in den gesetzlichen Bildungen des Reiches, um jeden Preis fortzusetzen, als ob sich eine so kleine bedeutungslose Tatsache wie die Revolution am 9. November gar nicht ereignet hätte. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialisten.) Ich bin überzeugt, dieser Entwurf rührt nicht nur von einem der neuen Herren, die durch die neue Entwicklung an die Spitze gebracht worden sind, sondern von irgend einem der brauchbaren Herren aus dem früheren Reichsamt des Innern her. Bei der Einrichtung des Reichspräsidenten, wie der Entwurf ihn will, gilt das alte Wort: Beltigia terrent. Wir haben von der Monarchie ein für allemal genug und möchten sie nicht auf dem Umwege einer republikanischen Monarchie wieder einführen. Wir ziehen es vor, an der Spitze der deutschen Republik ein Kollegium von gleichberechtigten Ministern zu setzen, also ein Bundespräsidium oder ein Reichspräsidium, etwa nach dem Muster der Schweiz. Diesem Kollegium der Gleichen steht natürlich zur Erleichterung der Geschäftsführung ein einzelner vor, der durch seine Amtsgenossen gewählt wird. Es ist heute mit so außerordentlicher Absichtlichkeit wiederholt das Provisorium dieses Verfassungszustandes betont worden. Habe ich recht verstanden, daß man insbesondere auch die mandatale Spitze, den Präsidenten, als Provisorium auffaßt? Sind vielleicht schon Kräfte am Werke, die dem deutschen Freistaat eine monarchische Spitze geben wollen? (Sehr richtig! bei den Unabhängigen.) Auch das wäre ja auch nur eine Anknüpfung an die Vergangenheit. Die Gelehrten sind sich ja auch heute noch nicht darüber einig, ob nicht auch das Deutsche Reich tatsächlich den Namen einer Republik verdient hat. Auch der deutsche Kaiser war ja nicht Monarch, sondern er war ja Präsident des Bundes, wenn Sie wollen, des republikanischen Bundes, aber wir wollen die Möglichkeit einer solchen Entwicklung ein für allemal ausschließen, deshalb wollen wir schon in der vorläufigen Verfassung des deutschen Freistaates die Keime legen zu dem Baß, wie wir ihn machen zu leben wünschen. Wir wollen nicht, daß einmal die Geschichte von einem Friedrich dem Dritten oder Sechsten dem Unüberwindlichen spricht. (Heiterkeit.) Deshalb sollte unseres Erachtens erwogen werden, ob nicht überhaupt das Amt des Präsidenten überflüssig ist, ob nicht überhaupt die höchste Vertretung des deutschen Freistaates dem Ministerpräsidenten allein oder dem Gesamtministerium überlassen werden könnte. Weiter wollen unsere Anträge die Möglichkeit schaffen, daß außerhalb der Nationalversammlung ein Kontrollorgan vorhanden ist, das bei verhängnisvollen Beschlüssen einzugreifen die Pflicht hat. (Unruhe.) Bei Verlesung dieses Antrages ist gelacht worden. (Sehr richtig!) Es besteht aber das Bedürfnis nach Aufrechterhaltung der revolutionären Organe. (Zuruf rechts: Nein!) Bei diesem Nein sterben die Organe nicht. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen.) Die Revolution gleicht einem gärenden Faß. Wenn Sie den Spund der Gesetzmäßigkeit zu tief in das gärende Faß hineinschieben, so könnte eines Tages eine Entladung erfolgen, die ihnen nicht angenehm ist. Daher wollen wir, daß auch der Zentralrat der A.- und S.-Räte legalisiert wird. Wir wehren uns gegen den Abbau der revolutionären Errungenschaften. Wir wollen dem Zentralrat das Recht geben, bei verhängnisvollen Beschlüssen der Nationalversammlung innerhalb zweier Wochen an das Volk zu appellieren. In dieser Begrenzung auf zwei Wochen liegt der allein kontrollierende Charakter dieser Einrichtung. (Zuruf: Der Zentralrat ist zurückgetreten!) Dann werden sich die Arbeiter- und Soldatenräte ein neues Organ schaffen. Mit dem Stacheldraht von Verfassungsbestimmungen halten Sie die Revolution nicht auf. Ein Volk von 70 Millionen läßt sich von Ihnen die Entwicklung nicht vorschreiben. Die Entwicklung geht aus eigener Kraft vor sich und schafft jeden Tag neues oder anderes. Die früheren Mächte stützten sich auf Polizei und Militär. Möge ein gütiges Geschick uns davor bewahren, daß auch die neue Regierung in diesen alten Fehler verfällt und deshalb ebenso kläglich Schiffbruch leiden muß. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialisten.)

Gröber (Ztr.): Die Ausführungen des Vorredners geben mir keinen Anlaß zur Entgegnung. (Sehr gut!) Für uns ist im Augenblicke das wichtigste, den Uebergang von dem revolutionären Zustand zu einer Rechtsordnung möglichst zu beschleunigen. (Zuruf bei den Unabhängigen Soz.: Reaktion!) Angesichts dieser Aufgabe müssen alle anderen Bedenken zurückgestellt werden. Sie können auch nach den Erklärungen der Vertreter der süddeutschen Regierungen und des Vertreters der Reichsregierung zurückgestellt werden. Die Zentrumspartei wird in ihrer großen Mehrheit für die Vorlage stimmen. Dabei müssen wir uns selbstverständlich unsere Stellung zu den Einzelstaaten der endgültigen Verfassung vorbehalten. Wir betrachten die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes als notwendige Vorbedingung für Frieden und Brot. (Beifall.)

Damit schließt die Besprechung zu § 1. Ein Antrag der Unabhängigen Sozialisten, die Note „Künftige Reichsverfassung" zu ersetzen durch „Deutsche Republik" wird gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. Ebenso ein Antrag der Unabhängigen unter Reichsgesetz einzufügen „Verordnung mit Gesetzeskraft". Der unveränderte § 1 wird sodann gegen die Stimmen der Unabhängigen und einer Minderheit des Zentrums angenommen.

Zu § 2: In der Debatte wird gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialisten ein Antrag Payer-Löbe-Posadowsky-Dr. Rießer angenommen, dem ersten Absatz hinzuzufügen: Der Staatenausschuß wird gebildet von Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierung auf das Vertrauen einer aus der allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahl hervorgegangenen Volksvertretung beruhen. Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden. In dieser veränderten Form wird § 2 gegen einen Antrag der Unabhängigen Sozialisten auf Streichung angenommen.

Haase (USD.) zieht mit Rücksicht auf das bisherige Ergebnis der Abstimmung diejenigen Anträge seiner Fraktion, die die Bezeichnung Reichsverfassung usw. beseitigen wollen, zurück.

Dr. Cohn (USD.) begründet zu § 3 einen Antrag auf Streichung der Worte, daß die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatenausschusses das Recht haben sollen, in der Nationalversammlung das Wort zu ergreifen, damit sie die Ansichten ihrer Regierung vertreten. Der Antrag der USD. wird abgelehnt und § 3 unverändert angenommen.

Zu § 4 verlangte ein Antrag der USD., daß dem Zentralrat der A.- und S.-Räte ein Einspruchsrecht gegen die Entschließung der Nationalversammlung zustehen soll. Der Antrag wird abgelehnt, ebenso ein weiterer Antrag der USD., der dem Zentralrat ein Recht geben will, unter Umständen eine Volksabstimmung herbeizuführen. Der erste Satz des § 3, die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet, wird einstimmig, der zweite Satz, es kann jedoch der Gebietsstand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden, gegen die Stimmen der USD. und der bayerischen Vpt. angenommen. Hierauf wird der ganze § 4 unverändert angenommen.

Zu § 5 begründet Dr. Cohn (USD.) einen Antrag, es möge ausdrücklich festgelegt werden, daß der Artikel 21 der bisherigen Reichsverfassung auch auf die Soldaten Anwendung findet. Damit soll erreicht werden, daß Soldaten ebenso wie Beamte als Mitglieder der Nationalversammlung ihre Tätigkeit ausüben können, ohne Urlaub nachsuchen zu müssen.

(Vorläufiger Schlußbericht.)

Sodann wird sofort in die dritte Beratung eingetreten. In der Gesamtabstimmung wurde der Entwurf gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialisten und weniger anderer Abgeordneten unter Beifall angenommen. Darauf erklärte Volksbeauftragter Scheidemann: Nachdem die Nationalversammlung die vorläufige Verfassung verabschiedet hat, ist die geschichtliche Mission, die uns als vorläufige Regierung zugefallen war, beendet. Wir legen die Macht, die wir von der Revolution empfangen haben, hiermit in die Ihre Hände. (Beifall.)

Ein Vorschlag des Abgeordneten von Payer, der einstimmig angenommen wurde, erklärte, daß die Regierung vorläufig im Amte verbleiben solle.

Die nächste Sitzung findet Dienstag nachmittag 3 Uhr statt. Tagesordnung: Wahl des Reichspräsidenten.

Schluß nach 6 Uhr.

Aus der Nationalversammlung.

Die Ausschüsse der Nationalversammlung.

In der Nationalversammlung sind sieben Ausschüsse gebildet worden: 1. Haushaltsausschuß (28 Mitglieder), 2. Wahlprüfungsausschuß (14 Mitglieder), 3. Geschäftsordnungsausschuß (21 Mitglieder), 4. Wirtschaftsausschuß (28 Mitglieder), 5. sozialer Ausschuß (28 Mitglieder), 6. Rechnungsausschuß (14 Mitglieder), 7. Petitionsausschuß (28 Mitglieder).

Die Zusammensetzung der Nationalversammlung.

Der Nationalversammlung gehören 138 Mitglieder des alten Reichstages an. Genau zwei Drittel der Mitglieder der Nationalversammlung sind neue Männer, darunter sind jedoch eine Anzahl von Abgeordneten, die bereits im früheren Reichstage saßen und die nur der letzten Legislaturperiode nicht angehörten. In Berufe gegliedert, zeigt sich folgendes Bild: die Sozialdemokraten bestehen aus 68 Partei-, Gewerkschafts- und Arbeitersekretären, 33 Redakteuren und Schriftstellern, 16 Ministern, 4 Juristen, 13 Arbeitern, 1 Arzt, 1 Rentner, 1 Lehrer, 4 Buchdruckereibesitzern, 2 Kaufleuten, 1 Photographen, 1 Postsekretär. Die Unabhängigen Sozialdemokraten aus 9 Redakteuren, 2 Arbeitern, 2 Parteisekretären, 2 Juristen, 2 Fabrikanten, 1 Schriftsteller, 1 Expedienten. Die Deutschnationale Volkspartei besteht aus 13 Landwirten, 2 Handwerkern, 3 Verlegern, 8 Beamten, 3 Ministern a. D., 1 Arzt, 2 Arbeitersekretären, 4 Geistlichen, 1 Rechtsanwalt, 2 Lehrern; die Deutsche Volkspartei aus 2 Landwirten, 1 Schriftsteller, 5 Beamten, 1 Pfarrer, 1 Rechtsanwalt, 1 Lehrer, 2 Ministern, 3 Hochschullehrern, 1 Generalsekretär, 1 Generaldirektor, 1 Bergmann, 1 Kaufmann; die Christliche Volkspartei aus 10 Beamten, 19 Arbeiter- und Verbandssekretären, 2 Kaufleuten, 6 Redakteuren, 11 Juristen, 1 Fabrikanten, 4 Hochschullehrern, 7 Landwirten, 4 Ministern, 2 städtischen Beamten, 2 Rentnern, 1 Reichsbeamten, 3 Geistlichen, 4 Lehrern, 5 Handwerkern, 1 Generalsekretär; die Deutsche demokratische Partei aus 13 Juristen, 9 Ministern (teils a. D.), 14 Beamten, 3 Fabrikanten, 1 Handwerker, 1 Kommerzienrat, 4 Redakteuren, 4 Schriftstellern, 3 Lehrern, 7 Landwirten, 5 gewerkschaftlichen Beamten, 3 Hochschullehrern, 1 Pfarrer, 1 Generalsekretär, 1 Privatmann.

Die neue Regierung.

Weimar, 11. Februar. Die Wahl des provisorischen Präsidenten, die heute erfolgt, bildet zusammen mit der Besetzung der übrigen Regierungsämter einen Kompromiß von Fragen, deren Lösung gestern in den entscheidenden Sitzungen der Fraktionsführer derart gefördert wurde, daß für heute eine glatte Erledigung der Wahl zu erwarten ist. Die Parteiführer haben sich darüber geeinigt, daß zum provisorischen Präsidenten Fritz Ebert gewählt wird, und daß an die Spitze des Reichsministeriums ein Sozialdemokrat, also Scheidemann, tritt. Da das Zentrum den Ehrgeiz hat, eine der drei sogenannten leitenden Stellen zu besetzen, tritt Dr. David zurück und macht den Platz für Herrn Fehrenbach frei. Endgültig festgelegt ist auch, daß das Kabinett aus 14 Mitgliedern besteht, einschließlich des Vorsitzenden, die sich folgendermaßen verteilen: 7 Sozialdemokraten, 4 Demokraten und 3 Zentrum. Die Personen-Frage hat bis jetzt bei den Erörterungen in den Fraktionen keine Rolle gespielt, wenn sie auch unter der Hand besprochen wurde.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ebert über Waffenstillstand und Frieden.

In einer Unterredung, die Ebert einem Vertreter des „Manchester Guardian" in Berlin bewilligte, sagte er, nach holländischen Telegrammen, über die Friedensfrage: „Dank den Waffenstillstandsbedingungen hat Deutschland bereits schlimmere Bedingungen zu schlucken als Frankreich beim Frieden von 1871. Und doch fährt die Friedenskonferenz fort, sich immer weiter von den ursprünglichen Wilsonschen Bedingungen zu entfernen. Die Entente hat unsere Kohlendistrikte genommen und durch ihre Lokomotivforderungen unser Verkehrswesen beinahe lahmgelegt. Wenn es ihre Absicht ist, den Deutschen einen Frieden aufzuerlegen, der das Land erdrückt und seinem nationalen Leben den Untergang bereitet, so werde ich für meine Person, es komme, was kommen mag, einen solchen Frieden nicht unterzeichnen, und ich denke, meine Kollegen von der Regierung werden ebenso handeln." Ebert schloß die Unterredung, die sich dann den inneren Verhältnissen zuwandte, mit folgenden Ausführungen über den Bolschewismus: „Er ist in der Hauptsache eine Arbeits- und Ernährungsfrage. Wir sehen das deutlich in Deutschland. In Sachsen, wo die Textilindustrie allen Arbeit geben kann, gibt es keinen Bolschewismus, in den Städten dagegen, wo die Fabriken nicht arbeiten, wenden sich die härter bedrückten Elemente dem Bolschewismus zu. Deutschland ist wirtschaftlich erschöpft, und es liegt im eigenen Interesse der Entente, ihm Rohmaterial zum Wiederaufbau seines wirtschaftlichen Lebens zu liefern; denn nur ein Deutschland, das arbeitet, kann einen Damm gegen den russischen Bolschewismus abgeben."

Die kommunalen Arbeiterräte

tagten in Berlin. Es handelte sich um die Richtlinien, die der Vollzugsrat seinerzeit ausgearbeitet und nach Billigung durch die Kommunalen Räte der Reichsregierung mit dem Ersuchen übermittelt hatte, sie im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen und ihnen dadurch bindende Kraft zu geben. Der Zentralrat hat sich dagegen ausgesprochen mit dem Hinblick darauf, daß die vollständige Demokratisierung der Gemeindeverwaltung ein dauerndes Weiterbestehen der Arbeiterräte als mitbestimmende Faktoren unnötig macht. Trotzdem beschloß die Versammlung, in der die Unabhängigen stärker vertreten waren, an diesen Richtlinien festzuhalten und ihre Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt zu verlangen. Eine sozialdemokratische Resolution im Sinne des Zentralrates wurde abgelehnt, dagegen eine unabhängige Resolution angenommen, welche erklärt, die Gesetzgebung durch das Volk könne nur durch das Weiterbestehen der A.- und S.-Räte gefördert werden. Solange die Gesetzgebung noch nicht in sozialistischem Sinne wirken könne und solange die Gemeindebeamten noch nicht von sozialistischem Geiste durchdrungen seien, müßte die Kontrolle durch die Arbeiterräte beibehalten werden.

Neue Propaganda der Scharfmacher.

Nachdem die Vernichter Deutschlands, die schwerindustriellen Kriegshetzer, eine Zeit lang die Sprache verloren hatten, besinnen sie sich jetzt wieder darauf, daß sie ja noch Geld haben. Mit Geld kann man bekanntlich alles machen. Mit Geld versuchen sie jetzt wieder, die öffentliche Meinung in ihrem zersetzenden Sinne zu beeinflussen. Die Schwerindustriellen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes haben, wie wir aus guter Quelle erfahren, es deshalb unternommen die alldeutsche Presse mit großen Geldmitteln zu unterstützen, damit sie ihr unsauberes Handwerk weiter betreiben kann. Hauptsächlich die Berliner Presse vom Schlage der Kreuzzeitung wirft sich in den Kampf, um die Revolution und die Regierung herabzusetzen.

Gegenwärtig ist sie auf Eberts Eröffnungsrede in der Nationalversammlung äußerst schlecht zu sprechen. Das kommt daher, daß er mit der Wahlkampflüge, die Revolution sei schuld an Niederlage und Elend, so gründlich aufgeräumt hat. Sieht man jetzt die Blätter der Rechten durch, so muß man dem „B. T." recht geben, daß er noch ausführlicher über die Schuld der alten Regierung und der Militärs (die ihre Stütze an den Heereslieferanten hatten) vom Zusammenbruch hätte sprechen sollen. Denn geradezu verzweifelt wehrt sich die Rechtspresse gegen die Feststellung der Wahrheit, daß dem Bankerott und seine öffentliche Verkündigung der Revolution um Wochen vorausgingen.

Die ungeheure Schuld der Kriegshetzer im Schwerindustriellenlager wird selbst das verlogenste Blatt nicht aus der Welt schaffen können. Und die Zukunft wird den Volksaussaugern noch schweren Kummer bereiten, trotz ihrem unerschöpflichen Kapitalienfonds.

Eichhorn nimmt sein Mandat an.

Nach einer Mitteilung des Wahlkommissars für den Wahlkreis Berlin ist die Annahmeerklärung des zum Abgeordneten zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung gewählten

Redakteurs Emil Eichhorn fristgemäß dem Wahlkommissar eingereicht worden. Die vom Wahlkommissar an den Gewählten gerichtete Aufforderung war am 28. Januar cr. bei der Postanstalt NO. 18, Lichtenberger Straße 19, niedergelegt worden. Nach der „B. Z. am Mittag" befindet sich Eichhorn in Braunschweig.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 11. Februar.

Schauergeschichten über Lübeck füllen in den letzten Tagen die Spalten der auswärtigen bürgerlichen Presse. Danach hätten wir hier beinahe eine Spartakusherrschaft, die mit den schlimmsten Gewaltmitteln regiert. Unsere Bevölkerung weiß, wie unzutreffend das ist. Einzelne bedauerliche Vorkommnisse werden zu großen Ereignissen aufgebauscht und auf dieser Weise verwerfliche Stimmungsmache betrieben. So konnte man jetzt im „Hamb. Corresp." eine mit großer Ueberschrift versehene Meldung lesen, in der es heißt: „Das Vorgehen des Lübecker Soldatenrats in den letzten Tagen, wie die Besetzung des Post- und Telegraphenamtes usw., haben die republikanische Volkswehr veranlaßt, am heutigen Tage (Montag) dem Soldatenrat das Ultimatum der Abdankung zu überreichen. Wohl oder übel mußte sich der Soldatenrat fügen, und so wird eine Neuwahl vollzogen werden. Die Ursache zur Erzwingung der Abdankung soll auch darin gefunden worden sein, daß der Soldatenrat am letzten Sonnabend mittag, als die Staatsarbeiter vor das Rathaus ziehen wollten, um dem Senat Wünsche entgegenzubringen, sofort in den verschiedensten Stadtteilen Maschinengewehre auffahren ließ." Zu dieser Angelegenheit erhalten wir vom Soldatenrat folgende Zuschrift:

Die Vollversammlung des Soldatenrates, die gestern nachmittag stattfand, beschäftigte sich eingehend mit der von dem Regiment 162 und der Sicherheitswehr eingesetzten Kommission, die am Montag morgen mit Waffengewalt das Regimentshaus besetzte und die Geschäftsführung des Arbeiter- und Soldatenrates verhinderte. Die von den Machern des Putschversuches vorgebrachten Anschuldigungen gegen einige Mitglieder des alten Soldatenrates fielen völlig in sich zusammen. Es lag durchaus nichts Belastendes vor. In der langen, teilweise recht heftigen Debatte wurde von den meisten Rednern das Vorkommnis als eine kolossale Dummheit hingestellt. Vor allem richtete sich der Unwille gegen den Führer der Sicherheitswehr, den ehemaligen Leutnant Wilken. Es wurde indes festgestellt, daß der Anstoß zu der Aktion nicht von ihm, sondern von Mannschaften des Regiments 162 ausging. Große Bewegung rief das Erscheinen eines Trupps der Sicherheitswehr hervor, der seinen Führer, dessen Verhaftung gefordert wurde, schützen wollte. Nach Aufklärung über die Tatsachen zog der Trupp wieder ab.

Mehrere Anträge zu der Angelegenheit wurden dem Vorstand des Arbeiter- und Soldatenrates zur Erledigung überwiesen. Ein Antrag, den Führer der Sicherheitswehr von seinem Posten zu entfernen, wurde der Sicherheitswehr selbst überwiesen, die sich am Dienstag nachmittag in einer Versammlung mit dem Vorfall beschäftigen wird. Schließlich wurde eine Resolution einstimmig angenommen:

„Der erweiterte Soldatenrat und die Vertrauensleute verurteilen aufs schärfste den Putschversuch einer Minderheit, der diese als reaktionär stempelt. Er spricht dem Vorstand und Siebenerausschuß sein volles Vertrauen aus und bittet diese, ihre Aemter wieder zu übernehmen."

Die Führung der Geschäfte wird vom heutigen Tage wieder wie bisher weitergeführt.

Zum bürgerlichen Deputierten bei der Stiftungsbehörde wurde der Genosse H. Radden vom Senat gewählt.

Soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge.

Die Reichsregierung hat eine Verordnung über die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge verabschiedet, wonach diese unter Mitwirkung der Einzelstaaten und der Selbstverwaltungskörperschaften vom Reiche übernommen wird. Beim Reichsarbeitsamt wird ein Ausschuß für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge errichtet, der sich in zwei Abteilungen gliedert. In die Abteilung der Kriegsbeschädigtenfürsorge werden neben den Vertretern der in jedem Bundesstaat zu errichtenden Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte mindestens je ein Vertreter solcher Vereinigungen der Kriegsbeschädigten berufen, die ihre Wirksamkeit auf das Reich erstrecken und eine entsprechende Mitgliederzahl haben. Der Reichsausschuß hat hauptsächlich die Aufgabe, Grundsätze für die Durchführung der Fürsorge aufzustellen. Den Hauptfürsorgestellen sind Beiräte angegliedert, in welche die Vertreter der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sowie in der sozialen Fürsorge erfahrene Persönlichkeiten zu berufen sind. Der Beirat ist zugleich die endgültige Beschwerdeinstanz der einzelnen Fürsorgestellen gegen die Verfügungen der Hauptfürsorgestelle. Die Verordnung tritt, soweit es sich um organisatorische Maßnahmen handelt, mit dem Tage der Verkündung, im übrigen für jeden Bundesstaat mit dem von der Landesentralbehörde zu bestimmenden Tage in Kraft. Damit ist dem berechtigten Wunsche der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in weitem Umfange Rechnung getragen. In ihrer Hand liegt in entscheidendem Maße die Bestimmung, wie und in welchem Maße die Fürsorgegelder verwendet werden sollen.

Erhöhung der Bestellgebühren für Postpakete. Infolge der außerordentlich starken Steigerung der Kosten des Postfuhr- und Paketbestelldienstes hat sich die unabweisbare Notwendigkeit ergeben, die Gebühren für die Bestellung der Pakete bei allen Postanstalten zu erhöhen. Vom 15. Februar ab werden daher folgende Gebühren erhoben: Im Ortsbestellbezirk bei den Postämtern 1. Klasse für Pakete bis 5 Kilogramm einschließlich 20 Pfg., für schwerere Pakete 30 Pfg.; bei den übrigen Postanstalten für Pakete bis zu 5 Kilogramm einschließlich 10 Pfg., für schwerere 5 Pfg. Im Landbestellbezirk für Pakete bis 2½ Kilogramm einschließlich 15 Pfg., für schwerere 30 Pfg. Für die Einsammlung von Paketen werden erhoben: im Ortsbestellbezirk für jede Sendung ohne Rücksicht auf das Gewicht 10 Pfg.; im Landbestellbezirk für Pakete bis 2½ Kilogramm einschließlich 10 Pfg. und für schwerere 30 Pfg.

Für die Angehörigen der Schwarzmeertruppen! Wie verlautet sollen am 13. Februar die Dampfer „Graf Waldersee", „Prinzessin" und „Kigoma" über Konstantinopel zur Abholung von Truppen nach Nikolajef, Odessa und Toti abgehen. Welche Truppen zunächst befördert werden, entzieht sich unserer Beurteilung, da die Bestimmungen hierüber an Ort und Stelle von den dortigen Höchstkommandierenden getroffen werden. Geplant ist jedoch, sämtliche noch im Schwarzen und Marmara-Meer befindlichen Truppen heimzubefördern. Etwaige Post an die Truppen kann mitgegeben werden durch das Postamt 1 Hamburg, mit der Adresse: Mitzugeben mit den Dampfern „Graf Waldersee", „Prinzessin" oder „Kigoma". Im Hinblick darauf, daß nur kurze Zeit bis zur Abfahrt der Schiffe zur Verfügung steht, empfiehlt es sich, die Briefe als Eilbotensendungen — die Gebühr beträgt 40 Pfg. für einen gewöhnlichen Brief — aufzuliefern.

* **Glück und Pech der Schweinediebe.** Wie bereits berichtet, wurden am 11. Januar ds. Js. der Arbeiter Wilhelm Burmester, geb. am 22. 9. 1890 in Lübeck wegen Schweine-Diebstahls festgenommen. Auf dem Wege zur Kriminalpolizei unternahm Burmester einen Fluchtversuch weswegen er von dem ihn sistierenden Polizei-Wächter angeschossen wurde. Burmester, dem das Geschoß in das Gesäß eingedrungen war, wurde in das Krankenhaus geschafft und dort in einer Krankenzelle untergebracht. Aus dieser Zelle wurde Burmester am 19. Januar abends von seinen Komplizen befreit, die die eisernen Gitterstäbe seiner Zelle von außen mit einer Stangenscheere durchschnitten hatten. Burmester entkam mit seinen Komplizen, die außerdem mit Revolvern bewaffnet waren, nach Flensburg. Bei einem dort begangenen Einbruchsdiebstahl, bei dem auch zwei hiesige mehrfach vorbestrafte Frauenspersonen beteiligt waren, wurde Burmester und eine Frauensperson festgenommen. Nunmehr gelang es auch, den Komplizen des Burmester hier festzunehmen, der mit Burmester verschiedene Einbrüche ausgeführt und auch dessen Befreiung aus dem Krankenhause veranlaßt hatte.

* **Ein schlechtes Geschäft.** Gestern nachmittag betrat ein gut aussehender Mann, etwa 1,65 Meter groß, mit schwarzem Paletot und dunkelgrauem Hut ein Geschäft in der Breiten Straße und ließ sich eine Auswahl in Handtaschen vorlegen. Nachdem er sich eine passende Tasche ausgesucht hatte, leistete er eine kleine Anzahlung und erklärte, nunmehr auch seine Ehefrau kommen zu lassen, damit auch diese sich mit seiner Auswahl einverstanden erklären sollte. Nach dem Fortgehen des Mannes mußte aber der Geschäftsinhaber die Wahrnehmung machen, daß ihm eine Handtasche im Werte von 125 Mark fehlte, die der unehrliche Käufer stillschweigend hatte mitgehen heißen.

* **Mittels Einbruches** wurden einem Besitzer in Padelügge 5 Enten und einem Landwirt in Moisling 5 Hühner gestohlen.

Schwartau. Ein größeres Schadenfeuer entstand gestern abend gegen 6½ Uhr in den Schwartauer Honigwerken. Der Maschinen- und Expeditionsraum wurde erheblich beschädigt. Dennoch kann, wie verlautet, der Betrieb in vollem Umfange aufrecht erhalten werden. Die Löscharbeiten, an denen sich besonders wirkungsvoll die Lübecker Feuerwehr beteiligte, dauerten bis gegen 10 Uhr abends.

Hamburg. Blutige Meuterei im Untersuchungsgefängnis. Am Sonntag nachmittag hat im Untersuchungsgefängnis eine Meuterei stattgefunden. 64 Gefangene fielen über den Aufsichtsbeamten Falck her, fesselten ihn und versuchten dann durch die Flucht zu entkommen. Zwei bei dem zwischen den Aufständischen, die mit Arbeitsmessern und geraubten Seitengewehren bewaffnet waren, und den Sicherheitsmannschaften und dem Aufsichtspersonal stattgefundenen Kampf schwer verletzten Gefangenen sind inzwischen gestorben. Es handelt sich um gefährliche Diebe, die schwere Zuchthausstrafen zu erwarten hatten. Acht weniger erheblich Verletzten werden im Gefängnislazarett behandelt. Der Kampf zwischen den beiden Parteien, 8 Aufsichtsbeamten und 64 Gefängnisinsassen, wurde mit solcher Heftigkeit geführt, daß sogar Gewehrkolben in die Brüche gegangen sind. Der von den Meuterern angegriffene Beamte Falck ist mit belanglosen Hautabschürfungen davongekommen. — Heftiger Kampf mit Plünderern. In der vergangenen Nacht, etwa gegen 12 Uhr, kam es in der Nähe des Dammtorbahnhofes zu heftigen Schießereien. Soweit bisher in Erfahrung gebracht werden konnte, hatten dort bewaffnete Banden einige Villen geplündert, wobei sie von Sicherheitsmannschaften gestellt wurden. Da es sich um größere Banden handelte, rückten vom Stadthaus her mehrere Autos mit Verstärkungen an, auch wurde der gesamte Sicherheitsdienst in Alarmbereitschaft gesetzt. Heute dauerte die Schießerei noch fort, sodaß von dem Ausgang des „Gefechts" noch nichts gesagt werden kann.

Hamburg. Räuberbanden in Tätigkeit. Vom Bevollmächtigten der militärischen Sicherheitswehr wird bekannt gegeben, daß sich unlautere Elemente der Volkswehrwache in der Böhmkenstraße in Abwesenheit der Führer der Waffen bemächtigt und in Hamburg und Umgebung Raubzüge veranstalten. Diese begannen bereits abends in Harvestehude. Außerdem sollte ein Butterlager in der Nähe des Meßberges beraubt werden. Zu diesem Zwecke hatten sich einzelne Banden gebildet, die Autos auf der Straße anhielten und die Führer zwangen, in ihrem Dienste zu fahren. In der Johnsstraße wurden die Besitzer durch Vorhalten der Waffen gezwungen, die Wertsachen auszuliefern. Die Räuber sind erkannt und werden vom Sicherheitsdienst verfolgt. Im Neuen Steinweg wurde ein Waffenlager beschlagnahmt. Es wurden gefunden: 15 Maschinengewehre, über 100 Gewehre, 20 Kisten Tränenbomben. Die im Waffenlager anwesenden Personen wurden dem Stadthause zugeführt, nach Feststellung ihrer Personalien aber wieder entlassen.

Hamburg. Der neue Siebener-Ausschuß. Bei der Neuwahl des Siebener-Ausschusses der Groß-Hamburger Soldatenräte wurden 5 Mehrheitssozialisten und 2 Unabhängige gewählt.

Wilhelmsburg. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend in der Wohnung des Schiffszimmerers Schwarz in der Meisterstraße in Neuhof. Die zwanzigjährige Tochter des Schwarz hatte Kohlen in den Küchenherd geworfen, als gleich darauf eine gewaltige Explosion erfolgte, die den Herd und die Küchendecke in Stücke riß. Dem bedauernswerten Mädchen wurden beide Beine abgerissen. Es ist am Sonntag an den Verletzungen im Krankenhause gestorben.

Harburg. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in einem Hause der Haakestraße. Dort hantierte der 22jährige Unteroffizier Koslowski, der erst kürzlich aus dem Felde zurückgekehrt war, mit einem geladenen Revolver. Die Waffe entlud sich und die Kugel drang dem jungen Mann in den Kopf. Er wurde ins Krankenhaus übergeführt, wo er bald darauf an seinen schweren Verletzungen starb.

Kiel. Ueber den Ausbau der Kieler Sicherheitstruppe für ganz Schleswig-Holstein schweben zwischen dem Obersten Soldatenrat und dem A.- und S.-Räten der einzelnen schleswig-holsteinischen Kreise Verhandlungen. — Abgesetzter Soldatenrat. Auf Grund der Vorkommnisse in der vorigen Woche hat das 1. Seebataillon heute vormittag einstimmig den bisherigen Soldatenrat abgesetzt und einen neuen Soldatenrat gewählt, der ebenso wie das Bataillon selbst fest zur Regierung steht. — Auflösung des Aktionsausschusses. Die Obmänner und Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei erlassen eine Kundgebung an die Arbeiterschaft von Kiel, in der es heißt: „Die Vorgänge in den letzten Tagen haben bewiesen, daß **die Arbeiter von unverantwortlicher Seite irregeführt sind.** Die bisher maßgebenden Instanzen der Arbeiterschaft sind übergangen worden. Unter diesen Umständen ist eine weitere Tätigkeit des Aktionsausschusses für die Großbetriebe nicht mehr möglich. Die der sozialdemokratischen Partei angehörenden Mitglieder dieses Ausschusses erklären deshalb ihren Rücktritt. In Zukunft werden bei wichtigen Vorgängen der Parteivorstand und die Obleute der Betriebe zusammentreten und beraten. Wir fordern die Arbeiterschaft auf, **nur dann an politischen Aktionen irgend welcher Art teilzunehmen, wenn diese von den allein maßgebenden Instanzen der Partei veranlaßt sind.** — Eine Vergewaltigung der Preßfreiheit. Freitag abend drang eine Abteilung Bewaffneter in die Geschäftsräume der „Republik", dem Organ der hiesigen unabhängigen sozialdemokratischen Partei, ein. Wie die „Republik" angibt, wurden dabei Manuskripte und sonstige Geschäftspapiere sowie Setzmaterial, darunter auch fertiger Satz für die heutige Zeitung, teils durcheinander geworfen, teils völlig unbrauchbar gemacht. Eine große Anzahl von Zeitungen, Material und andern Gegenständen wurde auf die Straße geschleppt und dort verbrannt. „Republik" erschien infolgedessen Sonnabend nur in zweiseitigem Druck.

Schleswig. Ende des Beamtenstreiks in Schleswig. Der Streik der Regierungsbeamten, der wegen Differenzen zwischen den Beigeordneten und dem Regierungspräsidenten entstanden war, hat sein Ende erreicht, da die Beamten sich bereiterklärt haben, am Montag den Dienst wieder aufzunehmen. Der preußische Minister Ernst und das Mitglied der Nationalversammlung, Kürbis-Altona, werden hier bei den Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien am Montag zugegen sein. Auch die Beamten des Landratsamtes nehmen am Montag den Dienst wieder auf, wie die Kleinbahnbeamten es bereits am Sonnabend taten.

Apenrade. Eisenbahnunfall. In der Nacht zum 8. Februar zwischen 12 und 1 Uhr stieß in Oberversdal der Güterzug 8558 mit dem eingelegten Güterzug 6093, der aus Lokomotive und Packwagen bestand, zusammen. Der Stoß war furchtbar. Das gesamte Zugpersonal wurde verletzt, teilweise schwer: am meisten hat ein Heizer gelitten. Maschinen und acht Wagen entgleisten und wurden schwer beschädigt.

Rostock. Zwei Liebestragödien. In den Bansdorfer Anlagen wurden am Donnerstag morgen ein verheirateter Mann und ein bei einem Zahnarzt tätiges junges Mädchen erschossen aufgefunden. Am Nachmittag desselben Tages fand man die Assistentin des in der Alexanderstraße wohnhaften Zahnarztes Pohlen, Fräulein Prösch, mit einer Schußverletzung in der Brust tot auf; auch Pohlen hatte sich durch einen Schuß verletzt und starb am Tage darauf im Universitätskrankenhause. — Begnadigt. Vor etwa zehn Jahren wurde die Modistin Zobel aus Berlin, die die hiesige Opernsängerin Barthold erschossen hatte vom Güstrower Schwurgericht zum Tode verurteilt. Diese Strafe ist dann gnadenweise in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt worden. Jetzt hat das Justizministerium im Gnadenwege die Entlassung der Gefangenen angeordnet, die erfolgen soll, sobald für ihr Fortkommen einigermaßen Gewähr gegeben ist.

Cuxhaven. Rücktritt des Cuxhavener S.-Rats. Der Cuxhavener Soldatenrat gibt bekannt, daß er wegen des Vormarsches der Division Gerstenberg beschlossen hat, um unnützes Blutvergießen zu vermeiden, in seiner Gesamtheit zurückzutreten und die Geschäfte einem Provisorium zu übergeben. Nach den neuesten Verlautbarungen ist im Laufe der Nacht oder Dienstag früh mit dem Eintreffen der Vorhut der auf Cuxhaven marschierenden Division Gerstenberg zu rechnen.

Bremen. Mit vier Kindern in den Tod gegangen ist eine am Sodenstich wohnende Witwe. Sie schaffte ein Bett aus der Stube in die Küche und legte sich dort mit ihren Kindern schlafen. Mitbewohner wurden am Morgen durch Gasgeruch veranlaßt, einen Schlosser herbeizuholen, der die verschlossene Wohnung öffnete. Man fand die Hähne am Gasherd offen. Die Frau gab noch schwache Lebenszeichen von sich, starb aber bald. Bei ihren Kindern, drei Knaben und einem Mädchen im Alter von 10 bis 6 Jahren, kam jede Hilfe zu spät; sie waren bereits erkaltet. Nur das jüngste Kind schlief in einem anderen Zimmer und war allein am Leben geblieben.

Theater und Musik.

Stadttheater. Die Kammerspiele brachten am Sonntag mittag zwei Jugendwerke des Wiener Dichters Hugo v. Hofmannsthal, von denen das zweite „Der Tor und der Tod" hier nicht unbekannt ist. Das erste wird betitelt „Der Tod des Tizian". In üppigen, funkelnden und buntschillernden Worten, die milde abgeklärte Schönheit mild und schön widerspiegeln sollen, spricht Hofmannsthal vom Sterben, das in diesen ganz undramatischen Dichtungen nicht als etwas Abschreckendes oder Furchtbares, sondern als Erlösung von dem dornenvollen und enttäuschungsreichen Erdendasein erscheint. Idealisiertes Sterben, fremd der grausamen Wirklichkeit! Aber die Musik solcher Sprache klingt und fesselt, wenn man träumerisch die Bühnenvorgänge an sich vorüberziehen läßt. Herr Heidmann, der fleißige und kluge Künstler, war die stärkste Säule der Aufführung, um die sich außer Herrn Neubauer als weisheitsvoller Tod auch die übrigen Mitwirkenden erfolgreich bemühten. Für entsprechende stimmungsvolle Bühnenbilder hatte Herr Neubauer gesorgt.

Sonntag nachmittag schritt der Tod mit anderem, dröhnendem Schritt über die Bühne des Stadttheaters. Boßdorfs niederdeutsches Drama „Bahnmeister Dod", das für die „Plattdütsche Volksgill" zur Aufführung gelangte, arbeitet mit naturalistischen Mitteln. Ein Mord aus Eifersucht, Selbstmord des Täters, der ein schlechtes Weib auf die schiefe Ebene gebracht hat, liegt der Handlung zugrunde. Die vier Personen, welche in dem Drama auftreten, sind schwer und wuchtig gezeichnet. Die ganze Begebenheit hat aber einen etwas schauergeschichtlichen Beigeschmack. Die Aufführung vermochte infolge der tüchtigen Leistungen der Herren Ohnsorg, Busch sowie der Damen Hardt und Gadiel, die ihren Menschen Bodenständigkeit verliehen, zu packen.

Neueste Nachrichten.

Der preußische Verfassungsentwurf.

Berlin, 11. Februar. Der Verfassungsentwurf für Preußen im Ministerium des Innern fertiggestellt, wird noch in dieser Woche das Staatsministerium beschäftigen und dann der konstituierenden Landesversammlung unterbreitet werden, deren Einberufung noch im Laufe dieses Monats mit Sicherheit erfolgen dürfte. Der Entwurf sieht ein Einkammersystem und einen besonderen Staats-Präsidenten vor. Die preußische Regierung hat den Entwurf eines Gesetzes zu den Wahlen über die Kreistage vorbereitet. Ob das Gesetz im Verordnungswege erlassen oder der Landesversammlung unterbreitet wird, darüber ist noch kein Beschluß gefaßt.

Die neuen Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlin, 11. Februar. Von zuständiger Seite erfährt die „Deutsche Allgem. Ztg.", daß die neuen Waffenstillstandsverhandlungen keinesfalls vor dem 15. Februar beginnen. Zu der Drahtung, daß die Herabsetzung der deutschen Armee auf 25 Divisionen verlangt wird, erfährt das Blatt, daß man mit einer Forderung auf diesem Gebiet rechne, jedoch habe man über den Umfang keine Anhaltspunkte. Die Meldung über Auslieferung der gesamten Artillerie sei stark übertrieben.

Staatenausschuß.

Weimar, 11. Februar. Bei den Beratungen der endgültigen Verfassung im Staatenausschuß haben die Vertreter des staatlichen Partikularismus über die Anhänger einer Neueinteilung des Reiches nach Stammesgenossenschaften den Sieg davongetragen. Der viel besprochene und heiß umstrittene Paragraph 11, der namentlich auch in der Wahlagitation eine große Rolle spielte, weil er angeblich die Zerstückelung Preußens befürwortete, ist gestrichen worden.

Die Polen vor Bromberg.

Bromberg, 11. Februar. Die Bedrohung der Stadt Bromberg durch die Polen ist gewachsen. Die Polen stehen zehn Kilometer vor der Stadt. Bei Nakel hielten sie die D-Züge an und belästigten die Reisenden. Es wurde auf diese auch schon geschossen.

Polnische Forderungen.

Genf, 11. Februar. Die polnische Delegation verlangte von dem Obersten Kriegsrat der Alliierten, daß bei der Erneuerung des Waffenstillstandes den Deutschen aufs entschiedenste verboten wird, militärische Operationen gegen die Polen in der Provinz Posen zu unternehmen. Weiter soll Deutschland gezwungen werden, den Polen die Erlaubnis zu geben, die Eisenbahn von Danzig nach Warschau für den Transport von Truppen und Munition zu benutzen, damit die Truppen des Generals Haller ohne Schwierigkeiten zu den Polen geschafft werden könnten.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung
über Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Durch Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 24. April 1918 ist für ganz Nordwest-Deutschland eine Preiskommission gebildet worden zur einheitlichen Festsetzung der Erzeugerpreise, sowie gemäß § 7 Absatz 3 der Verordnung vom 3. April 1917 auch zur einheitlichen Bestimmung der Groß- und Kleinhandelspreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund des Beschlusses dieser Kommission werden auf Anordnung der Reichsstelle für das lübeckische Staatsgebiet folgende Erzeuger-, Groß- und Kleinhandelshöchstpreise, mit Gültigkeit vom 12. Februar 1919, festgesetzt:

	I. Erzeugerpreis bei Lieferungsverträgen	II. Erzeugerpreis	Gruppe A Großhandelspreis	Gruppe A Kleinhandelspreis	Gruppe B Großhandelspreis	Gruppe B Kleinhandelspreis
1. Spinat						
a. Blatt-Spinat		40	50 Pf.	65 Pf	48 Pf.	55 Pf.
b. Wurzel- u. Dolden-Spinat		25	30 „	40 „	28 „	35 „
2. Kohlrabi ohne Kraut		9	12 „	16 „	11 „	14 „
3. Zwiebeln ohne Lauch*)	19	18,50	24 „	35 „	23 „	35 „
4. Futterrunkelrüben, einschl. Einmietegebühr bis 15. Febr		2,55	5 „	7 „	4 „	6 „
v. 16. Febr. ab		2,70	5 „	7 „	4 „	6 „
5. Wasser-, Herbst- oder Stoppelrüben, sowie Turnipsrüben einschl. Einmietegebühr bis 15. Feb		2,55	5 „	7 „	4 „	6 „
v. 16. Feb. ab		2,70	5 „	7 „	4 „	6 „
6. Kl. Speiserüben nach märkisch. Art u. ein. Durchmess. v. nicht über 1½ cm		8	11 „	15 „	10 „	13 „
7. Echte kleine Teltower Rübchen		40	48 „	60 „	45 „	55 „
8. Rosenkohl, gepflückt		80	90 „	110 „	85 „	100 „
9. Portree, Blatt zur Hälfte beschnitten		30	40 „	50 „	35 „	45 „
10. Sellerieknollen ohne Kraut u. Wurzeln, sowie gut geputzt		40	45 „	60 „	42 „	55 „
11. Petersilienwurzeln ohne Kraut		20	24 „	30 „	24 „	30 „
12. Meerrettich wenn 100 Stangen mehr als 50 Pfund wiegen		45	63 „	75 „	60 „	70 „
13. Tafeläpfel u. Tafelbirnen		48	60 „	70 „	57 „	65 „
14. Rote Beete	8,25	6	11 „	15 „	10 „	13 „
15. Kohlrüben, gelbe (Steckrüben) einschl. Anfuhrprämie bis 15. Feb.	4,05	3,15	7 „	10 „	6,50 „	9 „
v. 16. Feb. ab	4,20	3,30	7 „	10 „	6,50 „	9 „
16. Kohlrüben weiße b. 15. Febr		2,80				
v. 16. Feb. ab		2,95				
17. Weiße Möhren		4,25	6 „	8 „	5,25 „	7 „
18. Gelbe Speisemöhren ohne Kraut	6,25	6	9,50 „	13 „	8,50 „	10 „
19. Rot. Möhren u. längliche Karotten ohne Kraut	6,25	7,75	12 „	18 „	11 „	16 „
20. Kleine runde Karotten ohne Kraut		13,25	20 „	25 „	18 „	22 „
21. Dauer-Weißkohl	7,00	6,75	11 „	15 „	9 „	13 „
22. Dauer-Rotkohl	11	10	16 „	22 „	15 „	21 „
23. Dauer-Wirsingkohl	10,50	10,50	17 „	23 „	15 „	21 „
24. Grünkohl ohne Strunk	12	11,50	17 „	25 „	16 „	21 „

Sämtliche Preise gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

Die Lieferung der Gemüse muß in handelsüblichem Zustande ohne genußuntaugliche Bestandteile erfolgen. Der Verkauf von Möhren, Karotten, Kohlrabi und Zwiebeln mit Kraut ist verboten.

Die Erzeugerpreise gelten für das ganze lübeckische Staatsgebiet, die Groß- und Kleinhandelspreise der Gruppe A für die Stadt Lübeck und die eingemeindeten Gebiete, die Groß- und Kleinhandelspreise der Gruppe B für das übrige Staatsgebiet.

Nur dem Erzeuger, der Lieferungsverträge, die von der Reichsstelle für Gemüse und Obst genehmigt sind, abgeschlossen hat, stehen die unter I veröffentlichten höheren Erzeugerpreise auf Grund § 5 der Lieferungsverträge zu.

Die sämtlichen früher veröffentlichten Höchstpreise sind aufgehoben.

Lübeck, den 10. Februar 1919. (9082

Landesstelle für Gemüse und Obst.

*) Für Zwiebeln versteht sich der Preis für lose Verladung. Bei Verladungen in Säcken erhöht sich der Erzeuger- und Großhandelspreis um 5 Pfg.

Für die uns anläßlich unserer Silber-Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten danken herzlichst 9093

Ernst Golchert
und Frau, geb. Kähler,
Ludwigstraße 88.

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief Sonntag abend 11 Uhr unsere innigstgeliebte Tochter, Enkelin, Cousine und Schwester

Else Knaack

im blühenden Alter von 18 Jahren.

Tief betrauert und schmerzlich vermißt von ihren Eltern, Geschwistern und Verwandten

Johannes Knaack u. Frau
geb. Wüst.

Lübeck, Depenau 37.

Beerdigung: Sonnabend, den 15. Februar, 1,45 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof. (9079

Am 7. d. Mts. entschlief sanft nach langem schwerem Leiden unsere innigst geliebte Tochter und herzensgute Schwester (9088

Gertrud

in ihrem 13. Lebensjahre.

Tief betrauert und schmerzlichst vermißt von ihren Eltern und Geschwistern

Leonhard Olsson u. Frau,
Emmi, Albert und Hilda.

Lübeck, 10. Februar 1919.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 14. Februar, vormittags 9½ Uhr von der Vorwerker Friedhofskapelle aus statt.

Sonntag früh 4¼ Uhr entschlief sanft und ruhig nach langen schweren Leiden, die er sich im Felde zuzog, mein lieber Sohn, unser einziger Bruder, Schwager und Onkel

Hermann Keck

im 38. Lebensjahre. Im tiefen Schmerz

Frau Keck Ww.
Talea Keck
Friedrich Voß u. Frau
geb. Keck
9086 **nebst Kindern.**

und die nächsten Angehörigen.

Lübeck, d. 9. Febr. 1919.

Die Beisetzung findet am Donnerstag früh 9¼ Uhr auf dem Ehrenfriedhof statt.

Am Sonntag, d. 9. Febr., starb nach kurzer Krankheit unsere liebe Mutter,

Ww. Olsen-Tömte

im 69. Lebensjahre.

Beisetzung Freitag, den 14. Febr., nachm. 3 Uhr, in Genin.

In tiefer Trauer
Ihre Kinder, Enkelkinder und alle, die
9090) ihr nahe standen.

Deutscher Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Lübeck.

Nachruf.

Am Freitag, dem 7. Februar verstarb unser langjähriges Mitglied, der Lastadiearbeiter

Friedrich Wendt.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 12. Februar, vormittags 9¾ Uhr von der Kapelle Vorwerk aus statt.

Sammelplatz der Kollegen daselbst. 9101

Die Ortsverwaltung.

Gesucht zu sofort eine

saubere Morgenfrau.

9095) **Vorrath,** Adlerstr. 48.

Gesucht zu sofort ein (9091

jüngerer Knecht.

Zu erfrag. in der Exped. d. Bl.

Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1918/19 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte **St. Jürgen und St. Gertrud** sowie für die **eingemeindeten Gebiete** und die **Landbezirke** sind, in der Zeit vom 11. bis 20. Februar d. J. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Die Verlegung eines Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Aenderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Lübeck, den 10. Februar 1919. (9069

Die Steuerbehörde.

Regierung. Eutin, den 9. Februar 1919.

Eine Ermäßigung der Forsttaxe tritt ein, wenn von dem Käufer eine Bescheinigung des Gemeindevorstehers darüber vorgelegt wird, daß er nicht mehr als 3000 Mk. Einkommen hat.

9092) **Dr. Meyer.**

Am 8. d. Mts., morgens 3 Uhr, entschlief sanft nach kurzem, schwerem Krankenlager meine herzensgute liebe Frau, unsere teure liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter Frau

Marie Dedow

verw. Bohle

im 58. Lebensjahre.

Aufs schmerzlichste betrauert von ihrem tiefgebeugten Gatten (9075

Ludwig Dedow,
Lützowstraße,
Franz Dedow.
Hermann Dedow u. Frau
z. Zt. engl. Gefg.
Julius Grandt u. Frau,
Stockelsdorf
und Enkelkindern.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, vorm. 9¾ Uhr vom Vorwerker Friedhof.

Zu verkaufen **1 Jünglings-Paletot, Gut. L.-Kragen, Hängelampe, Schülergeige und Kuckucksflöte.** Brüderstraße 1 a.

Zu verk. guterhalten. **Sofa, 4 Stühle, Uhr, Kronleuchter und 2 Bilder.**
9087) Broitingstr. 42.

Zu kaufen gesucht (9085
ein guterhalt. Herren-Jackett, ein Jünglings-Paletot.
Off. u. R 1 an die Exped. d. Bl.

Preßtorf
b. **Hinze Nachf., Stockelsdorf.**
Tel. 1317. (9094

Extra starke Hand-

Blockwagen

3—8 Zentner Tragkraft.

Karl Schulmerich
071) **Mühlenstr. 28.**

Geschäfts-Eröffnung.

Dem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage das

Restaurant „Goldener Apfel",
Schmiedestraße 1,

übernommen habe. Um gütigen Zuspruch bittet (9081

Johannes Vanselow.

Siegfried
der wasserdichte
Holzschuh
D.R.G.M. 680318 u. 673280
ist der Schuh der Zukunft.
Verbraucherpreis je nach Größe M. 6,10 bis M. 8,10 pro Paar sofort lieferbar. Wiederverkäufer bestellen am besten gegen Nachnahme 6 Paar mit Rabatt.
Julius Brocks,
Danischburg b. Lübeck. Bahnhofstr. 2.

9096

Gewerkschaftshaus.

9073) **Mittwoch, den 11. Februar:**

Großer Ball.

Jeden Mittwoch und Sonntag:

:: Großer Ball ::
Colosseum

9077) Kronsforder Allee.

Kaffeehaus Israelsdorf.
(vorm. Wendt.)
Morgen Donnerstag:
Großer Kavalier-Ball

moderne Ballbesetzung (von Mitgliedern des Regiments Lübeck)
Anfang 7 Uhr. **J. H. Wiese.**
9088) **Straßenbahnverbindung bis Schluß.**

Das Sekretariat des Sozialdemokratischen Vereins ist geöffnet vormittags von 9 bis 1½ Uhr u. nachmittags von 4½ bis 8 Uhr.

9102) **Der Vorstand.**

Central-Verband der Handlungs-Gehilfen

9097

Donnerstag, den 13. Februar, abends 7½ Uhr Gelber Saal des Stadttheaters:

Mitglieder-Versammlung.

Moderne Schmucksachen
Trauringe
in verschiedenen Preislagen
Johs. Tollgreve, Goldschmied
9070) **92 Königstraße 92.**

Sonnabend,
den 15. Februar:
gr. Preisfat
im kl. Saale des Gewerkschaftshaus.

9076

Sterbekasse „Die Vertrauliche"
Lübeck.

General-Versammlung
am Mittwoch, 12. Februar
pünktlich 8½ Uhr abends
im Kriegerzimmer des Bürgervereins.

Tagesordnung:
Jahresbericht, Rechnungsablage, Entlastung d. Vorstandes, Wahlen, Antrag des Vorstandes auf Nachprüfung der Satzungen.

9074) **Der Vorstand.**

Hansa-Halle.

9095 **Jeden Donnerstag:**
Groß. Tanzkränzchen
NB. **Am Sonnabend, d. 15. Febr.**
Großer Karnevalabend,
Kassenöffnung 5½ Uhr. Anf. 6 Uhr.

Hansa-Theater.

Dienstag, abends 7 Uhr:
Das Dreimäderlhaus.
Singspiel in 3 Akten.
Musik von Franz Schubert.
Mittwoch: 9080
Die Csardasfürstin
Donnerstag:
Schwarzwaldmädel.
Malwine: Trude Steinnagen als Gast.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

9078

18. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.
Dienstag, den 11. Februar:
Frau Margit.
Mittwoch, den 12. Februar:
Die Zauberflöte.
Donnerstag, den 13. Februar
für die Schauspielgemeinde.
Rote Karten.
Demetrius.
Freitag, den 14. Februar:
Allessandro Stradella.

Nr. 35
26. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag, den 11. Februar 1919

Aufruf an das internationale Proletariat.

Bern, 9. Februar 1919.

In der Sitzung des Internationalen Gewerkschaftskongresses wurde mit der Begründung der aus drei Teilen bestehenden Vorlage der Kommission für internationale Arbeitergesetzgebung begonnen. Jouhaux verlangte die Aufnahme der Forderungen des Kongresses in den Friedensvertrag. Sodann verlas er die von der Kommission einstimmig beschlossene Proklamation an die Arbeiter aller Länder:

Die in Bern am 3. Februar und den folgenden Tagen vereinigte Gewerkschafts-Internationale stellt folgende Grundsätze auf: Das neue Gesetz hofft, die Arbeit von ihrem sozialen und rechtlichen Mangel zu befreien, um der Arbeiterwelt ihre Rechte auf Leben und Entwicklung zu geben. Die Nationen bedürfen aller Arbeiter, um sich wieder aufzubauen, und werden vieles aufwenden, um die Arbeit würdiger und fruchtbarer zu gestalten. Der Wohlstand ist von der Tendenz der Beteiligung, die einem allgemeinen Zwecke dient, und nicht von derjenigen, die der Befriedigung egoistischer Interessen dient, wie sie der Gesellschaft Gewohnheit ist, abhängig. Die Gewerkschafts-Internationale erklärt, daß die menschliche Arbeit nicht eine Ware sein soll, sondern daß sie die edelste Funktion der modernen Gesellschaft ist. In dieser Erwägung erstreben die Arbeiter die Beseitigung der Lohnarbeit, ebenso die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, jenes Ueberrestes einer Auffassung, die durch die Entwicklung der Menschheit überholt ist. Ferner soll die Leitung und Verteilung der Produktion in die Hand der produktiven Massen gelegt werden. Gegenwärtig ist die Arbeiterklasse dafür, daß die Kulturmenschheit eine rationelle Verteilung der Produktion bestimmt, indem die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit in Uebereinstimmung gebracht werden. Sie fordert die Beseitigung der Mißverhältnisse, welche die kapitalistische und politische Herrschaft aus der Vorkriegszeit fast durchweg bestehen ließ. Mit einem Worte, sie verlangt die nationale und internationale Organisation der Arbeit, die eine auf Grund methodischer Prozedur durchgeführte Bewertung der individuellen Leistung in der für die gemeinsamen Bedürfnisse der Menschheit erforderlichen Verwendung gestattet.

Durch die Erfahrungen des Krieges und anderer andauernder Leiden gewitzigt und angesichts der durch den Krieg verursachten Zerstörungen muß sich die Arbeiterschaft sagen, daß sie sich ein Mindestmaß von Garantien moralischer und materieller Ordnung sichern muß. Die internationale Gewerkschaftskonferenz erklärt, daß das Bestreben, soziale Reformen zu verwirklichen, nicht bedeutet, daß man ein Ideal aufgeben muß. Im Gegenteil verlangt die gegenwärtige Konferenz Sicherheiten für das Recht auf Freizügigkeit, Koalition, Kinderschutz, Arbeiterinnenschutz und Arbeiterhygiene.

Die Gewerkschaftskonferenz stellt fest, daß die unterbrochene Wirksamkeit der internationalen Arbeitergesetzgebung nur durch die Schaffung eines internationalen Arbeiteramtes als Bestandteil der Völkerliga gesichert werden kann. Dieses Amt soll sich auf ein internationales Arbeitsparlament, in welchem Delegierte aller Länder und aller Berufe vertreten sind, stützen. Aus diesem internationalen Parlament sollen nicht nur internationale Konzessionen, sondern internationale Gesetze hervorgehen, die vom Augenblick ihrer Annahme ab Rechtskraft haben wie die nationalen Gesetze. Diese Auffassung der Rolle der internationalen Parlaments bedingt eine internationale Gesetzgebung, die zum Wohle der Völkerliga geschaffen wird, d. h. eine übernationale Souveränität. Diese Neuerung wird den Beginn einer neuen Aera bedeuten, in welcher die Arbeiterklasse aller Länder sich sowohl in ihrer Kraft wie im nationalen Bewußtsein in der Richtung des Fortschritts und der Besserstellung für alle entwickeln könne.

Die Versammlung nahm ohne Erörterung die Proklamation einstimmig an.

Internationaler Sozialistenkongreß.

Bern, 7. Februar.

Am Donnerstag vormittag sind die Vertreter der russischen Sozialrevolutionäre eingetroffen, darunter Rosanow. — Henderson gibt die englische Resolution bekannt und fordert, daß das Konferenzwerk fortgesetzt werden müsse in Hinsicht auf die Pariser Konferenz. Deshalb sollte man hier eine ständige Kommission einsetzen, die aus Henderson, Branting, Huysmans und je zwei Delegierten aus England, Frankreich, Deutschland, Deutsch-Oesterreich und Böhmen bestehen soll. Diese sollen die Ausführung der Resolutionen der Konferenz überwachen und die notwendige Vorarbeit für den vollen Wiederaufbau der Internationale leisten. — Renaudel beantragt, den Vorschlag Hendersons an eine Kommission zu verweisen. Dem wird zugestimmt.

Kossowsky vom Jüdischen Bund tritt für die Forderungen der Juden ein. Eine restlose Befreiung der Juden sei nur nach dem Sturz des Kapitalismus möglich. Er wirft den französischen Genossen vor, daß sie keinen Protest gegen die Waffenstillstandspolitik der Entente erhoben hätten, die so gefährlich sei. Hier seien Aktionen dringend nötig.

Justo aus Argentinien tritt für den Völkerbund ein und verlangt die Einführung des metrischen Systems in allen Ländern und Einführung eines internationalen Geldes. Jetzt werde ein französisch-englisch-amerikanischer Friede geschlossen. Wir verlangen etwas ganz anderes.

Eisner-München führt aus: Gestern habe sich der Völkerbund verwirklicht. Damit sei der beste Anfang gemacht worden. Als im Stalle zu Bethlehem das Kindlein geboren sei, habe auch niemand gewußt, daß daraus die mächtige internationale Bewegung des Christentums emporwachsen würde. Man könne voller Hoffnung in die Zukunft blicken und müsse diesen Gedanken des Völkerbundes lebendig machen. Der Frieden dürfe nicht diktiert werden. Der Völkerbund müsse von den Völkern geschlossen werden, und jeder müsse in seinem eigenen Lande anfangen. Er bedauert, daß in der Resolution kein Wort über den öffentlichen Geist und über die Arbeiterpresse steht. Wir brauchten ein Organ zur Entwicklung der öffentlichen Meinung. Es müßte Schluß gemacht werden mit der Lüge und Verhetzung. Wenn die Verantwortlichen vor Gericht gezogen werden sollten, dann müsse das an erster Stelle mit der Hetzpresse geschehen. Die Grundsätze des Völkerbundes müßten in die nationalen Verfassungsrechte aufgenommen werden. Früher sei dies Hochverrat gewesen. Jetzt sei diese Anschauung zu Ehren gekommen. Der Verstoß gegen seine Grundsätze müßte als Weltverrat und als größtes Verbrechen künftig angesehen und bestraft werden. Die Süddeutschen seien für vollständige Abrüstung. „Wir haben eine neue Jugend, die im Geiste des Völkerbundes aufwächst!"

Hermann Müller-Deutschland will noch als Antwort auf die Anfragen von Macdonald und Missis Snowden geben, damit kein Mißverständnis bestehen bleibe. Das Erfurter Programm trete für ein Volksheer an Stelle der stehenden Heere ein. Wir können das hier nicht ändern, wir drei deutschen Delegierten. Aber der Krieg wird vielleicht sogar Parteiprogramme erschüttern. Wir werden mit allen Kräften für alles eintreten, was hier über den Völkerbund für alle beschlossen wird. Wir wollen nach keiner Richtung hin eine Ausnahmestellung. Aber was wird in Versailles beschlossen werden? Wir werden wahrscheinlich noch später zu einigen Fragen Stellung nehmen müssen. Die Resolution stellt das Ideal der vollen Abrüstung auf. Wir stimmen ihr zu. Es liegt also keine Konkurrenz der Ideale vor. Zwischen den englischen und deutschen Freunden des Völkerbundes besteht nur darüber eine Konkurrenz, wer zuerst das Ziel erreichen wird. (Lebhafter Beifall.)

Henderson-England drückt seine Freude über den bisherigen Verlauf aus. Werden aber die Debatten hier einen genügenden Einfluß auf die Pariser Verhandlungen ausüben? Die Konferenz muß praktische Arbeit leisten. Die Konferenz muß zeigen, daß die Völker des Waffenkrieges und Wirtschaftskrieges müde sind. Der wirkliche Völkerbund muß sofort für alle freien Völker der Welt Wirklichkeit werden. Die britische Delegation mißt den Erklärungen der deutschen Mehrheitssozialisten, besonders in der Abrüstungsfrage, größte Bedeutung bei. Nur internationales Denken kann dem Völkerbund eine feste Grundlage geben. (Großer Beifall.)

Renaudel-Frankreich: Die Gesellschaft der Nationen muß bald kommen und alle Nationen aufnehmen. Wir wollen weder eine Demütigung des deutschen Volkes, noch seine wirtschaftliche Zerstörung, noch eine Zerreißung seiner Einheit. Wir haben das mehrfach in der französischen Kammer erklärt. Wir hegen kein Haßgefühl gegen das deutsche Volk. Auf die Pariser Konferenz muß von Bern aus ein Druck ausgeübt werden. Die Internationale muß für den Völkerbund aktionsfähig werden. (Beifall.)

Wibaut weist in einem kurzen Schlußwort darauf hin, daß nach der Resolution die Liga der Nationen ein Bund der Völker sein soll. Er weist auf die Wichtigkeit der Lebensmittelversorgung und Rohstoffbeschaffung für alle Länder hin. Der Völkerbund muß sich aus den Parlamenten der ganzen Welt nach dem Verhältniswahlrecht zusammensetzen. Ein Konferenzbeschluß allein wird nicht genügen, sondern es ist die ganze Kraft der gestern wieder gewonnenen Einheit nötig, um unsere Prinzipien gegen alle Mächte durchzusetzen. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution über den Völkerbund wird mit den Zusätzen Macdonalds und Huysmans einstimmig angenommen. Der Beschluß wird mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Vom Bureau wird mitgeteilt, daß in Anbetracht des Grundsatzes keine Minoritäten zuzulassen, wenn nicht auch die Majoritäten anwesend sind, die bisherigen Mitglieder der amerikanischen Delegation nicht zugelassen werden können. Die schweizerischen Gruetlianer wurden zugelassen, weil sie in ihrem Programm die gemeinsame Forderung nach Klassenkampf und proletarischer Aktion berücksichtigen.

Die deutschen Delegierten erklären, über den Sonntag hinaus bleiben zu können. Infolgedessen soll die Debatte erst Sonntag nachmittag geschlossen werden, wobei als letzter Punkt der Tagesordnung „Demokratie und Diktatur" zur Verhandlung kommen soll. Gleichzeitig wird die Frage einer Kommission, bestehend aus je zwei Mitgliedern jeder Delegation überwiesen.

Die Konferenz fordert die Proletarier aller Länder auf, mit allen Kräften auf ihre Regierungen Einfluß auszuüben, um ihre Grundsätze bei dem Abschluß des kommenden Friedens zur Geltung zu bringen und diesen damit zu einem dauernden zu gestalten.

Bern, den 8. Februar.

Am Donnerstag nachmittag beschloß das Bureau, die Gruetlianer und Bone-Amerika für diesmal nicht zuzulassen. Die Konferenz soll bis Sonntag abend tagen, da sonst die Arbeiten nicht zu erledigen sind.

Mistral-Frankreich gibt den Bericht der Konferenz über die Territorialfragen: Der Frieden muß die Befreiung der unterdrückten Nationalitäten bringen. Die Entente-Sozialisten haben das seit 1915 verlangt. Ferner liegt das im Programme Wilsons, der in seinen Botschaften es deutlich ausgesprochen hat, daß die Nationalitäten alle das Recht bekommen müßten, über ihr Geschick selbständig zu bestimmen. Die Nationalitäten müssen, soweit sie nicht in einem Staate wohnen, oder soweit in einem Staate mehrere wohnen, das Recht auf kulturelle Autonomie bekommen und das Recht auf die Anrufung des Völkerbundes, wenn sie Beschwerden vorzubringen haben. In der Sozialistischen Gesellschaft wird die Nationalitätenfrage keine Frage mehr sein. Zwischen Deutschland und Frankreich stand seit 1871 die elsässische Frage. Wird keine neue Irredenta geschaffen, dann gibt es auch keine neuen Kriege. Die Anwendung der Grundsätze auf die Einzelfälle haben wir diesmal hier nicht durchführen können, aber wir werden über ihre Anwendung wachen und dafür sorgen, daß sie in unserm Geiste durchgeführt werden. Die Kommission hat die Resolution einstimmig angenommen. Sie sagt, daß die Nationalitätenfrage internationale Bedeutung habe. Sie verlangt das Selbstbestimmungsrecht für die Völker und die Entscheidung durch Abstimmung unter Kontrolle des Völkerbundes, sowie den Schutz der Minderheiten. Handels- und Verkehrsverträge sowie Grenzänderungen können nur nach Abstimmung durch die Betroffenen vorgenommen werden. Sie verlangt den Schutz der Eingeborenen in den Kolonien. Die Konferenz verwirft das Recht auf Beute für den Sieger und verwirft den militärischen Grenzschutz und die Festsetzung der Grenzen auf Grund sogenannten historischen Rechtes oder ökonomischer Einflußsphären.

Nemec-Böhmen führt aus: Mistral habe einen Irrtum begangen, denn die Kommission habe die Resolution nicht einstimmig angenommen. Die tschechische Delegation habe ihre Zustimmung abhängig gemacht von der Annahme ihres Zusatzantrages. Nehmec erhebt dann heftigste Vorwürfe gegen die Haltung der deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Partei, die in großen Lettern die Haltung der deutschen Mehrheitssozialisten am 4. August gebilligt habe. Er nimmt sich der tschechischen Minderheiten in Deutsch-Oesterreich an und meint, daß in demokratischen Staaten nunmehr überall der Weg für den Sozialismus freigelegt sei. (Beifall.)

Ellenbogen-Oesterreich führt aus: Nemec habe das Bild des alten Oesterreich heraufbeschwören. Die Tschechen müßten jetzt endlich begreifen, daß uns Deutschen das alte Oesterreich so zum Ekel geworden sei, daß es für uns eine Freude war, daß das alte Oesterreich auf dem Schindanger der Weltgeschichte verreckte. Was wollen die deutsch-österreichischen Sozialisten denn? Das, was wir seit zwanzig Jahren verlangt haben, nichts anderes! Wir sind von der Bourgeoisie Oesterreichs beschimpft worden, weil wir für das tschechische und slawische Selbstbestimmungsrecht eingetreten sind. Von Bern verlangen wir nichts mehr und nichts weniger als das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche

Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

13. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Nun laß es genug sein, Hans," sagte Daniela, sich nach einigem Gewähren ihm endlich wieder entwindend. „Ich denke, wir sind nun im klaren darüber, was jeder von uns zu tun hat und wie wir uns mit der Prüfung, die unerwartet über unsere Liebe kam, abzufinden haben."

Der Kapellmeister ließ sich in einen Sessel nieder. Resigniert nickte er, von Daniela beobachtet, mit dem Kopfe.

Sie hatte ihn ja von Herzen gern, den Hans Nohascheck, die königliche Schauspielerin. Mehr als das, sie liebte ihn, liebte ihn, wie sie nur einmal in ihrem bisherigen Leben — mit grausamer Enttäuschung freilich — geliebt hatte.

Bitter genug empfand sie selbst die fatale Verflechtung von Umständen, die sich einer Reihe von glücklich zu verlebenden Brautstandstagen plötzlich hindernd in den Weg stellte, aber:

„s ist wahrlich nicht so schlimm, das ganze," sagte sie, ihre Hand vertraulich auf Nohascheks Krauskopf legend. „Eine Trennung, unterbrochen von häufigem Wiedersehen, — sie muß sich auf ein Jahr schon überwinden lassen."

Damit tröstete sie sich und ihn.

7.

Jäh war Berta Nieritz mit dem Kopf gegen das Geländer gestürzt, das zu beiden Seiten des schräg abfallenden Ballettprobesaals allmählich von oben nach unten führte.

Sie wußte selbst nicht, wie ihr geschehen war. Ein heftiger Stoß hatte sie beiseite geschleudert, während sie sich gerade mit einer Position, die ihr besonders schwer fiel, weidlich plagte. Hören und Sehen war ihr vergangen.

Von nur zarter Beschaffenheit, gelang es der kleinen Sechsjährigen nicht, sich aufrechtzuerhalten. Weinend war sie an der Wand zu Boden gesunken und versuchte, durch einen leisen Druck auf die rasch entstandene Beule den darin hämmernden Schmerz zu lindern.

Weshalb hatte man sie nur so unerhört grob gestoßen und wer —?

Ueber diese Gedanken schwanden ihr die Sinne. Das Kind war ohnmächtig geworden.

Alice Lehnbach, eine dralle Fünfzehnjährige, eine Staatsmatte, ausgestattet mit allen Attributen, um einmal den Männern die Köpfe zu verdrehen, — sie wurde schon jetzt, obgleich noch keine Prima-Ballerina, in der ersten Quadrille mitgezeigt — bemerkte zuerst das im Getümmel des probierens von allen anderen bisher unbeobachtete Ereignis. Sie schien zunächst nach jemand Bestimmtem Umschau zu halten, da aber gerade der Herr Ballettmeister Czadek nicht zu erspähen war, so machte sie kurzen Prozeß, stellte ihre Pas ein und lief, zum Erstaunen ihrer Partnerinnen, aus der Reihe heraus, unmittelbar auf die niedergesunkene kleine Kollegin zu.

„Berta, Mädel, was ist dir — bist du krank?" fragte sie rasch, das Kind rüttelnd, und rief dann, da die andere bewußtlos lag und keinen Laut vernehmen ließ: „He, Else, Else Schramm, — Wasser! Schaffe doch Wasser herbei, fix, fix! Was ist denn das bloß mit dem Kinde?!"

Im Nu waren jetzt die meisten der im Probesaal beschäftigten Mitglieder des Balletkorps, insgesamt wohl vierzig bis fünfzig Damen, Herren und Kinder, herzugeeilt, um zu schauen, was passiert sei. Alle umstanden mit Teilnahme das ohnmächtige kleine Mädchen, dieser, ihm über die Stirn fahrend, jener, ihr Arme und Hände streichelnd. Einige sprachen ermutigend auf Berta ein, man bemühte sich schließlich auch, sie in die Höhe zu richten.

„Na, man nich zu ville, nich zu ville mit je machen", warnte der schon ältere Pantomimist Pasedag, der im Ballett die Kaiser und Könige gab, ein würdiger Repräsentant von Standespersonen aller Art und jederzeit da am Platze, wo ödes Schweigen sein Privilegium. Während er sich durch seine Bewegungen, die immer groß, edel und schön waren und die er auch durch tägliche Kultur pflegte, geradezu auszeichnete, tat er das letztere auch im bösen Sinne auf Grund seiner schlechten Sprache. Deren Vernachlässigung betrieb er, ein Ur-Berliner, sozusagen sportmäßig. Weder Freund noch Feind, weder gute Belehrung noch Hohn erfüllten den Zweck, Pasedag zu sorgsamerer Redeweise anzuspornen.

„Ick bin ja doch keen Schauspieler," pflegte er auf wohlgemeinte Erinnerungen hin zu erwidern. „Ja, wenn ick zu die jehörte —!"

Trotz seines Einspruches wegen der Berta Nieritz unterließen es andere Kollegen und Kolleginnen aber doch nicht, Wiederbelebungsversuche an dem Kinde vorzunehmen.

Man hatte ihr das blasse Gesichtchen mit dem herzugebrachten Wasser besprengt, Riechfläschchen mit verschiedenen Parfüms waren von einigen Damen zur Verfügung gestellt worden.

Der Tänzer Eichelbaum, der einstmals, um Heilgehilfe zu werden, einen Kursus in der Krankenpflege durchgemacht hatte, dann aber mit kühnem Satz zum Ballett übergesprungen war, schickte sich an, eine Kompresse auf die durchgeschlagene Stelle am Kopf der kleinen zu legen.

„Eine stramme Brüsche," äußerte er mit Kennermiene, „sieht ordentlich gefährlich aus."

„Ob sie ausgeglitten ist?" stellte eine schon herangewachsene Balletteuse zur Erörterung.

„Kaum denkbar — bei ihrer Geschicklichkeit!" entgegnete ein noch sehr junger Mann, der die Vorige verliebt anschaute.

„Mir schwebt 'n janz andrer Dunst vor von die Sache," vertraute heimlich Herr Pasedag, sich vorsichtig umschauend, seiner häufigen Partnerin Frau Ehbock, deren Domäne die Duennen und choreograpischen Mütter waren. „Ick sage aber nischt."

„Warum nicht, Pasedag? Mir könntest du doch —"

„Weil ick schon eenmal der Belämmerte war, als ick in der Sache mit de Selma Traube 's Maul nich halten konnte. Allens hatte ick da wie heute mit meine zwee Oogen deutlich jesehen und fiel doch schließlich rin, weil de famosen Herren Kollejen, die 's doch ooch jeseh'n haben mußten, mir elend in Stich ließen. Fast fehlte nich viel, un ick wäre damals jeflogen. Nee, nee, Miezeken, diesmal bin ick vorsichtiger."

Er war es aber doch nicht, denn Miezeken Ehbock, sein vielhundertfaches weibliches Pendant in allen möglichen Vorstellungen, verstand es arglistig später dennoch, ihn herumzukriegen. Sie standen plaudernd noch ein kurzes Weilchen beieinander.

„Aber allens bloß zu dir, Miezeken," verpflichtete sie schließlich Pasedag. „Keen Aas sonst erfährt 'ne Silbe."

„Keiner, Emil."

Sich Berta wieder erholen zu lassen, hatten inzwischen einige andere Mitglieder ihre Bemühungen vorsichtig fortgesetzt.

Man war jetzt bestrebt, die Kleine wieder in Ordnung zu haben, ehe der Ballettmeister zurückkam. Sicher würde er sich sonst über die gestörte Probe ärgern und auf Berta, die er sowieso nicht mochte, als auf die greifbare Ursache hineinschelten.

„Was er nur ausgerechnet gegen diese kleine Nieritz hat, die doch 'n so nettes Kindl ist," warf Fraulein Riemann, die gerade neben der Patientin kniete, die Frage auf.

„Da erkundigen Sie sich man bei der Mutter," entgegnete Frau Ehbock, die jetzt auch wieder hinzutrat, mit dem pointierten Ausdruck einer Wissenden. „Mir hat sie Andeutungen gemacht. Die genügen."

„Der Deubel soll ihn holen," ließ sich aus den hinteren Reihen eine tiefe Männerstimme drohend vernehmen.

„Pst," zischte da Fräulein Riemann und beugte ihr Gesicht über Berta, die sich bewegte und zu erwachen schien.

Langsam richtet sie sich, von einigen hilfreichen Händen unterstützt, in die Höhe, sah im Kreise umher und lächelte ein ganz klein wenig. Die Beobachtung, sich nur von freundlichen, teilnehmenden Gesichtern umgeben zu sehen, mochte ihr wohltun.

Fortsetzung folgt.

Volk in Oesterreich. (Beifall.) Warum wollen Sie das deutsche Volk nicht selbst entscheiden lassen. Es ist unerhört, daß das eine der vertretenen Parteien und Nationen hier nicht zugeben will. Die Abstimmung soll entscheiden, nicht das historische Recht. Wir verlangen klipp und klar Auskunft: Wie stehen Sie zu der gewalttätigen Besetzung deutscher und ungarischer Gebiete durch die Tschechen. (Benes ruft dem Redner zu: Das sind die Ententetruppen. — Große Heiterkeit.) Die Tschechen führen den Krieg gegen das ausgehungerte deutsche Volk fort. Kämpfe mit Hunderten von Toten finden in Ungarn statt. Das ist tschechischer Imperialismus! Wenn Sie drei Millionen Deutsche unter Ihre Fuchtel bringen wollen, dann werden Sie das nur gegen den heftigsten Widerstand von uns Deutschen. Das alte Oesterreich kann ich noch besser schildern als Benes. Wir haben zuerst die Tschechen gegen die Staatsgewalt und Bündnisse in Schutz genommen. Dafür sind Tausende von Dankschreiben an uns gelangt. Wir wollen nichts anderes als unser volles Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen in Oesterreich, nach ihren eigenen Wünschen und Interessen. (Lebhafter Beifall.)

Grumbach-Elsässer führt aus: Die elsässische Partei läßt sich [illegible], daß die Annahme der Resolution der deutschen Mehrheitsparteien die elsässische Frage bestehen ließe. Die Mehrheitspartei wollte das Selbstbestimmungsrecht während des Krieges nicht, [illegible] demokratischen Prinzipien ab, [illegible] in Stockholm. [illegible] hat noch in Würzburg gesagt, da nur einem besiegten Deutschland das Elsaß abgenommen werden könne. Nur die Unabhängigen haben mit Ausnahme von Ledebour das Selbstbestimmungsrecht [illegible]. Schäelum versuchte in Straßburg tagelang, die [illegible] Abgeordneten dazu zu veranlassen, zu sagen, daß die elsässischen Abgeordneten deutsch bleiben wollten. Das war 1917. Ebenso wurde Fickler beeinflußt. Alle deutschfreundlichen Kundgebungen waren Schwindel. Deshalb herrscht heute in großen Teilen [illegible] gegen die Militärdiktatur im Elsaß. Ihr seid nur für das [illegible] Recht im Rahmen des deutschen Reiches eingetreten. Deshalb habt Ihr heute kein Recht, eine derartige Resolution zu stellen. Ich bin heute noch Anhänger der Volksabstimmung und bedauere, daß die französische Regierung gegen die Abstimmung ist. Der Landtag hat sich für die Rückkehr zu Frankreich ohne Abstimmung im Dezember 1918 ausgesprochen. Ich bin gegen die Ausweisung der Alldeutschen aus dem Elsaß. Frankreich soll nicht preußische Methoden nachahmen. — Grumbach verliest eine Erklärung der Elsässer Partei, die der Sozialdemokratie das Recht bestreitet, für das Elsaß etwas zu verlangen. (Beifall.)

Branting will morgen das Arbeiterprogramm noch beraten. Er fordert die Einsetzung einer Kommission über die Frage Demokratie oder Diktatur. Morgen abend soll die Kommission beraten. — [illegible] Böhmen ist eingetroffen.

Die Kommission über die Territorialfragen fordert die Vertreter der [illegible] auf, sich über ihre Streitfragen zu verständigen.

Die deutsche Mehrheit und die Unabhängigen haben sich daraufhin einstimmig mit den Dänen über folgende Erklärung zu der Nordschleswig-Frage geeinigt:

Die deutschen und dänischen Delegierten erklären übereinstimmend, daß die neue dänisch-deutsche Grenze nicht nach dem Rechte der Gewalt, sondern nach dem Rechte der Selbstbestimmung der von der Aenderung betroffenen Bevölkerung zu ziehen ist, also durch eine Volksabstimmung. Diese Abstimmung ist für drei Gebiete besonders vorzunehmen: 1. für das geschlossene Sprachgebiet Nordschleswigs. 2. für die südlich dieses Gebietes gelegenen überwiegend dänisch sprechenden, bisher überwiegend deutsch gestimmten etwa acht bis zehn Gemeinden. 3. für die Stadt Flensburg, wenn mindestens ein Viertel der wahlfähigen Bevölkerung die Abstimmung fordert.

Die [unter] 2 bezeichneten Gemeinden stimmen jede für sich gesondert ab. Die Vorbereitung und die Vornahme der Abstimmungen müssen in voller Freiheit erfolgen. Die Abstimmungen sollen, [illegible] unbeeinflußt von augenblicklichen Strömungen [illegible], erst nach einer gewissen Zeit vorgenommen werden.

Die Grenze ist in einer Weise zu ziehen, die Enklaven ausschließt. Nationalen Minderheiten werden in beiden Staaten die gleichen nationalen Rechte verbürgt. Die volle Freiheit der Abstimmung soll durch den Völkerbund garantiert werden. Wenn dieser bei der Abstimmung noch nicht zustandegekommen ist, dann sollen durch eine neutrale Kommission und durch den Völkerbund die Rechte der nationalen Minderheiten garantiert und kontrolliert werden.

Werden die in der Resolution der Deutschen und Dänen niedergelegten Grundsätze praktisch durchgeführt, dann ist zu hoffen, daß das deutsch-dänische Beispiel von den anderen Delegationen in ähnlichen Fragen bald nachgeahmt wird.

Politische Rundschau.

Deutschland

Zu der Entsendung einer Alliiertenkommission nach Polen

hat die deutsche Regierung geantwortet, daß sie die erforderlichen Anordnungen für die Durchreise treffen werde. Sie setzt aber voraus, daß die Tätigkeit der Kommission sich außerhalb der im Waffenstillstandsabkommen bezeichneten Reichsgrenzen abspielen wird. Die Ausübung der Gebietshoheit innerhalb dieser Grenzen ist ausschließlich Sache der deutschen Regierung. Sie kann daher den Vertretern der anderen Staaten die Wahrnehmung irgendwelcher Befugnisse nur zugestehen, soweit sie sich dazu durch den Vertrag verpflichtete. Die deutsche Regierung vermag auch nicht anzuerkennen, daß innerhalb der Reichsgrenzen schon jetzt die polnischen Behörden sich einrichten. Ueber die endgültige Zugehörigkeit der Gebiete, die Foch als ein „deutsches Polen" bezeichnet, wird erst der Friedenskongreß entscheiden. Bis dahin lehnt Deutschland die Meinung seiner Gegner über das Verhalten seiner Behörden in diesen Gebieten ab.

Sächsische Stadtverordnetenwahlen.

Bei den Dresdener Stadtverordnetenwahlen erhielten die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zusammen 43 Sitze, davon die letzteren vier. Auf die bürgerlichen Parteien entfielen 41 Sitze. In manchen Bezirken erschienen nicht die Hälfte der Wähler an der Wahlurne. In Plauen i. V. erhielten die Sozialisten mit 16 Mehrheits-Sozialisten und 15 Unabhängigen gleichfalls die Mehrheit.

Rußland.

Bolschewistischer Militarismus. Laut einem Exchangetelegramm aus Kopenhagen hat die bolschewistische Regierung beschlossen, alle männlichen Personen in Rußland, gleichgültig welcher Nationalität, der Roten Garde einzuverleiben. — Wenn diese Meldung zutrifft, dann wollen die Napoleoniden der „Sozialistischen" Sowjetrepublik allen Massenschlächtereien der Geschichte den Rang ablaufen.

Ein politischer Mord. In Moskau ist in diesen Tagen ein Mord verübt worden, der große politische Rückwirkungen haben dürfte. Djen-Zui-Chzan, der Leiter der chinesischen Bolschewistenpropaganda im äußersten Osten und der Vorsitzende der chinesischen Sektion der Kommunistenpartei wurde in dem Augenblick, wo er in einer Versammlung das Wort ergreifen wollte, getötet. Dieser Djen-Zui-Chzan übte eine wahrhafte Diktatur über die Chinesen in Rußland aus. So ließ er vor einiger Zeit in der Umgebung von Petersburg eine Anzahl Kulis erst foltern und dann erschießen, wobei er sich auf chinesische Gesetzesbestimmungen berief.

Ungarn.

Streikausdehnung. Nach einer Meldung des Ungar. Korr.-Bureaus dehnte infolge des gewalttätigen Verhaltens der tschecho-slowakischen Behörden in den besetzten Gebieten sich der Streik in Oberungarn auch auf die Massen aus, wo die Arbeiterschaft und die Verwaltungsbehörden, sowie die Post und Eisenbahn im Ausstand sind.

Norwegen.

Das Storthing hat bei der Besetzung der Präsidenten- und einer Vizepräsidentenstelle zwei Sozialdemokraten gewählt, Eugen und Magnus Nilsen. In der norwegischen parlamentarischen Geschichte ist hiermit die Sozialdemokratie des Landes zum ersten Male im Präsidium vertreten. Dies Ereignis ist vor allem ein Ausdruck für die Machtstellung, welche diese Partei nunmehr in Norwegen einnimmt. Von den in den ersten Sitzungen des Storthings eingebrachten Gesetzesvorlagen sind zu erwähnen: Aenderungen der militärischen Gesetzgebung, ferner ein Antrag über Einführung des achtstündigen Arbeitstages in industriellen Unternehmungen.

Kleine politische Nachrichten.

Volksbeauftragter Noske und Kriegsminister Reinhardt lehnten den Antrag der Berliner Konferenz der Korpssoldatenräte auf Bildung eines Reichssoldatenrats ab.

Der telephonische Verkehr mit Düsseldorf ist noch immer gestört, weil das Fernamt von den Spartakisten besetzt ist. Die Kohlenförderung im Ruhrrevier ist auf 200 000 Tonnen täglich zurückgegangen.

In Braunschweig ist nach bürgerlichen Blättermeldungen der Beamtenstreik beschlossen worden. Er soll in den nächsten Tagen beginnen und sich gegen den A.- und S.-Rat richten.

Wirtschaftliches.

Ein ziviler Rat bei der Waffenstillstandskommission.

Im Obersten Kriegsrat zu Paris reichte Wilson die folgende Resolution ein, die auch angenommen wurde: „Unter den heutigen Umständen kommen täglich viele Fragen hauptsächlich wirtschaftlicher Art vor, welche naturgemäß an Bedeutung gewinnen und weil die Zeit drängt, müssen diese Fragen durch bürgerliche Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen, welche als Sachverständige in Finanz-, Wirtschafts-, Nahrungsmittel-, Schiffahrtskontroll- und Rohmaterialienfragen unterrichtet, behandelt werden. Um dies zu erreichen soll in Paris ein oberster Wirtschaftsrat gebildet werden, der die Fragen für den Waffenstillstand bearbeitet. Diese neue Körperschaft soll nicht mehr als 5 Vertreter enthalten. Der bestehenden interalliierten permanenten Waffenstillstandskommission sollen zwei bürgerliche Delegierte von jeder alliierten Regierung beigegeben werden, welche die Oberbefehlshaber der Alliierten in wirtschaftlichen Angelegenheiten beraten und dafür sorgen sollen, daß unmittelbar Bericht an den Wirtschaftsrat erstattet werden kann.

Aus Nah und Fern.

Schießerei auf den Personenzug Thorn—Berlin. In der Nacht zum Sonntag wurden auf einen von Thorn nach Berlin fahrenden, dicht gefüllten Personenzug bei der Station Schönlanke 20 Gewehrschüsse abgegeben. Ein Photograph aus Schneidemühl, der kurz vorher in den Zug gestiegen war, wurde durch einen Kopfschuß getötet. Die Schüsse verwundeten noch weitere drei Personen, deren Personalien bisher nicht festgestellt werden konnten.

Die schwarzen Pocken in Baden. Die schwarzen Pocken haben auf einige weitere Landgemeinden des besetzten Gebietes des Kehler Brückenkopfes übergegriffen. Etwa zehn Fälle echter Pocken sind bisher in fünf Gemeinden festgestellt worden.

108 000 Mark geraubt. In die Zweigstelle Beuel der Kreissparkasse Bonn drangen drei Männer ein, von denen einer Soldatenuniform trug. Sie bedrohten die Kassenbeamten mit Revolvern, fesselten sie und raubten 93 000 Mark Bargeld und 15 000 Mark Kriegsanleihe. Die Räuber entkamen unerkannt.

Ein Milchstreik und seine Folgen. Nachdem seit sieben Tagen die Bauern der Umgebung von Reichenhall sich in einem Milchstreik befanden, bewaffneten sich Arbeitslose mit Gewehren und Munition und zwangen die Bauern zur Milchabgabe. Die Arbeitslosen kündigten den Bauern die Wegtreibung der Kühe an, um die notleidende Bevölkerung mit Milch zu versorgen. Die Demonstranten gaben am Abend ihre Waffen wieder ab, nachdem die Bauern versprochen hatten, die Milchlieferung wieder aufzunehmen.

Die dicken Frankfurter. Auf dem Bahnhof in Miltenberg a. [M.] erregten mehrere Herren ob ihrer gewaltigen Leibesfülle gewaltiges Aufsehen. Man unterzog sie einer näheren Untersuchung und fand zwischen Weste und Hemd verborgen Speck, Wurst und Butter auf dem Korpus liegen. Nebenbei führten die Herren in Schließkörben 35 Pfund Butter, 150 Pfund Fleisch, 250 Pfund Weizenmehl und Grieß, 72 Eier und andere leckere Dinge mit sich. Die dicken Frankfurter fuhren sehr mager in die Heimat zurück. — Wer zu leben versteht, sieht aus dieser Notiz, daß an gewissen Stellen überall noch etwas zu haben ist — aber nicht für das Volk.

Beamtenstreik in Leipzig. Gestern ist ein Teil der städtischen Beamten, besonders Schutzleute und Mitglieder der Feuerwehr in den Ausstand getreten. Das Rathaus, Polizeiamt und mehrere städtische Geschäftslokale in den Vorstädten wurden von Streikposten besetzt, so daß in den meisten städtischen Bureaus der Verkehr ruhte. Nach neueren Meldungen ist der Streik vorläufig beigelegt. Die Beamten, die an den gestellten Gehaltsforderungen unbedingt festhalten, beschlossen, am Nachmittag den Dienst sofort wieder aufzunehmen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Hoch klingt das Lied vom braven Mann.

Erich Müller wendet sich in einem vom „Lübecker Volksboten" und von den „Lübecker Nachrichten" veröffentlichten Eingesandt gegen den Lübecker Landes-Ausschuß für Kriegsverletzte auf Grund der Behauptung, daß bei dem Landes-Ausschuß eine geschulte Schreibkraft bei einer täglichen Arbeitszeit von 5 Stunden 5 Mark für den Tag und eine tägliche Kriegszulage von 75 Pfg. erhalte. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Damit entfallen auch alle Ausführungen, die M. an jene Behauptung knüpft.

Landesausschuß für Kriegsverletzte.

Die Kohlennot.

Meiner Ansicht nach steht es hier mit der Kohlennot gar nicht so schlecht. Auf der Wallhalbinsel, bei der Eutiner Brücke, hat das Rote Kreuz mindestens 80—85 000 Zentner Koks hinschütten lassen. Auch am Kanal kann man einen großen Haufen liegen sehen. Ist der Arbeiter- und Soldaten-Rat nicht befugt, diesen Koks an die Bevölkerung zu verteilen, damit wir nicht zu frieren brauchen und auch nicht stundenlang unnütz stehen? In Herrschaftshäuser der Fackenburger Allee werden gewöhnlich zwei Fuder zur Zeit abgeladen, und wir können nicht einmal einen Zentner bekommen. Es ist endlich an der Zeit, daß jetzt die Abholungsfrage geregelt wird. Früher mußten wir die Feuerung holen, und wenn wir sie jetzt holen wollen, dann gibt es Händler, die sie nur selbst bringen wollen, um den teuren Fuhrlohn einzustecken. W. St.

HOLSTENHAUS
G. m. b. H. LÜBECK.

Ein sehr billiges
Sonder-Angebot
unserer Papierwaren-Abteilung.

GROSSE POSTEN

Papier-Mundtücher 3,75 ℳ
Krepp, weiß und mit bunter Kante, ... 1000 Stück 32,50, 100 Stück

Krepp-Tischtücher 85 ₰
abgepaßt, 120 × 150 cm 1,50 Mark, ... vom Stück, 100 cm breit, Meter

Krepp-Tischläufer 48 ₰
2½ bis 3 Meter lang, in schöner Ausmusterung.......... Stück 75 ₰ und

Decken, Läufer, Tortenplatten
in entzückenden Spitzenmustern.

Krepp-Papier, weiß und farbig.......Rolle 23 ₰
Ia. Wasser-Krepp-Papier . große Rolle 115 ₰
Papier-Girlanden 2—6½ m lang, St. 80, 75, 48 ₰
Butterbrot-Papier..........Rolle 98 und 55 ₰

Toilettepapier perforiert, hygienisch einwandfrei ... Rolle 52 und 40 ₰

Dieses Angebot ist für Wirte besonders beachtenswert.

Bekanntmachung.

Die Termine zur Prüfung für die Erlangung des Zeugnisses über die Befähigung zur Fahrt ohne Lotsen für das Jahr 1919 werden wie folgt festgesetzt:

Freitag, den 14. März
" " 13. Juni
" " 8. August
" " 10. Oktober
" " 12. Dezember.

Die Bekanntgabe erfolgt außerdem jedesmal noch ungefähr 3 Wochen vor dem nächsten Prüfungstermin.

Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind unter Beifügung eines kurz gefaßten Lebenslaufes und des Schifferpatentes spätestens eine Woche vor dem Prüfungstermin beim Bauamt einzureichen.

Lübeck, den 30. Januar 1919. (9073)

Die Baubehörde.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe von

Spiritus-Bezugsmarken

erfolgt in der Geschäftsstelle des Landesversorgungsamtes, Schmiedestraße 25, von Mittwoch, den 12. Februar 1919 ab und zwar nur an diejenigen Bezugsberechtigten, welche im November 1918 zuletzt Spiritus-Bezugsmarken erhalten haben.

Bei der Abholung der Marken sind die „Ausweise zum Bezuge von Lebensmitteln" vorzulegen.

Lübeck, den 11. Februar 1919. (9099)

Das Landesversorgungsamt.

Bitte ausschneiden.

Lübecker Straßenbahn.

Die sachen Wünschen des Publikums Rechnung tragend, werden ab **Donnerstag, den 13. Februar ds. Js.,** versuchsweise nachstehende Spätwagen eingelegt:

Linie 1.
ab Roeckstraße 8.35 9.45 — ab Ratzeb. Allee 9.06, 10.16
an Beckergrube 8.43 9.53*) — an Kohlmarkt 9.16, 10.26
an Kohlmarkt 8.45 9.55 — an Beckergrube 9.18, 10.28
an Ratzeb. Allee 8.54 10.04 — an Roeckstraße 9.25, 10.35

Linie 2.
ab Kirchhof 8.45 9.45 — ab Krankenhaus 9.16 10.16
an Beckergrube 8.53 9.53*) — an Kohlmarkt 9.26, 10.26
an Kohlmarkt 8.55 9.55 — an Beckergrube 9.28, 10.28
an Krankenh. 9.04 10.04 — an Kirchhof 9.35, 10.35

ferner in Richtung Burgtor
ab Beckergrube 10.00*)
an Kirchhof 10.08
ab Kirchhof 10.08
an Roeckstraße 10.18

Linie 3.
ab Markt 8.48, 9.48 — ab Krempelsdorf 9.44, 10.24
an Stadttheat. 9.00, 10.00*) — an Stadttheat. 10.00*) 10.40
an Krempelsd. 9.17, 10.17 — an Markt 10.18, 10.58

Linie 9.
ab Markt 9.21 10.21*) — ab Moisl. Baum 9.50, 10.50 (nach Finkenstr.)
an Hansatheat. 9.26, 10.26 — an Hansatheat. 10.04
an Moisl. B. 9.40, 10.40 — an Markt 10.09

Linie 12.
ab Markt-Lübeck 8.40, 9.20, 10.10, 10.40*)
an Bahnhof 8.45, 9.25, 10.15, 10.45
an Markt-Schwartau 9.08, 9.48, 10.38, 11.08

ab Markt-Schwartau 9.18, 9.56, 10.46, 11.16
an Bahnhof 9.39, 10.19, 11.09, 11.39
an Markt-Lübeck 9.44, 10.24, 11.14, 11.44

*) warten Theaterschluß ab.

Linie 7. An Sonntagen wird während der Nachmittagsstunden der 20-Minuten-Verkehr wieder aufgenommen.

Lübeck, den 10. Februar 1919. (9089)